

Präsident Dr. Norbert Lammert

(A)

(C)

(B)

(D)

Ich rufe nun den Tagesordnungspunkt 4 auf:

Abgabe einer Regierungserklärung durch den
Bundesminister des Auswärtigen

**zum Europäischen Rat am 18. und 19. Juni
2009 in Brüssel**

Hierzu liegt je ein Entschließungsantrag der Fraktion
Die Linke sowie der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vor.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für
die Aussprache im Anschluss an die Regierungserklä-
rung eineinviertel Stunden vorgesehen. – Ich höre keinen
Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Das Wort zur Abgabe einer Regierungserklärung hat
der Bundesminister des Auswärtigen, Frank-Walter
Steinmeier.

(Beifall bei der SPD)

(A) **Dr. Frank-Walter Steinmeier**, Bundesminister des Auswärtigen:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! „**Europa in der Krise**“ – manchmal mit Fragezeichen, häufig genug mit Ausrufezeichen –, das sind, wenn man die europäischen Tageszeitungen der letzten Tage liest, die Überschriften, unter denen der Europäische Rat heute und morgen in Brüssel zusammenkommt. Diese Krise ist, wohlgemerkt, keine hausgemachte europäische Krise, sondern eine globale Krise – wir haben aus anderem Anlass häufig genug in diesem Haus darüber gesprochen –, die keinen Bogen um Europa macht. Schlimmer noch: Die Krise hat Europa natürlich längst mit voller Wucht erfasst. Gerade das wird für Europa in diesen Zeiten zu einer Bewährungsprobe, weil wir eine solche Krise globalen Ausmaßes noch nie gemeinsam zu durchstehen hatten, weil nie gekannte Fliehkräfte an diesem europäischen Integrationsprojekt ziehen und zerren und weil manche versucht sein könnten – Anzeichen dafür gibt es –, in nationale Denkmuster zurückzufallen.

Deshalb sage ich: An der Reaktion auf diese Krise wird sich **Europas Zukunftsfähigkeit** erweisen. Ich füge hinzu: Wir als großes Land, wir als Teil der Gründergeneration dürfen nicht nur dabeistehen und zuschauen, sondern wir haben eine ganz besondere Verantwortung für Europa, für die Europäische Union.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(B) Ich sage auch: Europa darf **europäische Gemeinsamkeit** nicht durch Kleinmut aufs Spiel setzen. Gerade jetzt dürfen wir das große gemeinsame Ganze in Europa nicht aufs Spiel setzen, sondern wir müssen gerade in dieser Situation der Krise, gerade jetzt gemeinsam dafür arbeiten, dass die Europäische Union überzeugendere Antworten auf die globale Krise findet, als wir sie im nationalstaatlichen Rahmen jemals finden würden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das ist die Ausgangslage für den Europäischen Rat heute und morgen. Ich könnte sogar sagen: Das ist die Ausgangslage für die europäische Politik der nächsten Monate und Jahre. Aber dieser Europäische Rat – Sie wissen es – steht natürlich jetzt, wenige Tage nach den **Wahlen zum Europäischen Parlament**, unter ganz besonderen Vorzeichen. Nicht alle, aber manche der europaweiten Trends, die wir bei den Wahlergebnissen gesehen haben, müssen in der Tat zumindest jenem zu denken geben, dem ein demokratisches Europa wirklich am Herzen liegt. Zwei gesamteuropäische Aspekte sind es wohl, die uns aufrütteln müssen: Eine Wahlbeteiligung von 43 Prozent ist das eine. Dies ist die niedrigste Wahlbeteiligung seit Einführung der Direktwahlen zum Europäischen Parlament. Es gab zum anderen besorgniserregende Stimmengewinne der populistischen und europafeindlichen Parteien. Das mag paradox sein; aber gerade hier hat ein Zuwachs im Europäischen Parlament stattgefunden.

Das ist eine Herausforderung für alle diejenigen, denen an einem starken und geeinten Europa gelegen ist.

(C) Wir alle müssen uns dem stellen, dass ganz offensichtlich viele Bürger an dem Mehrwert der Europäischen Union entweder für ihr Land oder für sich selbst zweifeln. Auch Sie haben es in den Veranstaltungen gespürt: Die Idee der europäischen Integration, der Verweis auf die historischen Verdienste der Europäischen Union, wenn wir über Frieden und Stabilität in Europa reden, tragen allein noch nicht. Dieser Verweis reicht vor allen Dingen nicht, wenn es darum geht, das Vertrauen der Menschen in das Zukunftspotenzial dieser Europäischen Union wiederzugewinnen. Worum es geht – das ist anspruchsvoller und tagesbezogener –, ist Folgendes: Wir müssen in der europäischen Politik jeden Tag und bei jeder Materie nachweisen, dass Europa bessere Antworten auf die Globalisierung bereithält als die, die wir nationalstaatlich geben können.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Deshalb stehen beim Europäischen Rat heute und morgen ganz zentrale **Zukunftsfragen** auf der Tagesordnung, nämlich die Fragen, wie wir gemeinsam aus der Wirtschafts- und Finanzkrise herausfinden können, wie Europa seine Führungsrolle beim weltweiten Klimaschutz behalten kann und wie Europa zukünftig handlungsfähiger und demokratischer wird, aber vor allen Dingen die Erkenntnis, dass kein Mitgliedstaat für sich allein Wege aus dieser Wirtschafts- und Finanzkrise finden kann.

(D) Wir haben im vergangenen Dezember – darüber ist hier im Hause diskutiert worden – in Ergänzung der nationalen Anstrengungen **auf europäischer Ebene ein Konjunkturprogramm** beschlossen. Das muss jetzt wirken, und es wirkt. Diese Anstrengungen auf nationaler und europäischer Ebene haben natürlich Konsequenzen gehabt. Sie haben Lücken in den Haushalten der EU-Mitgliedstaaten hinterlassen. Europaweit ist die **Neuverschuldung** – Sie wissen das – riesig. Wir dürfen nicht ignorieren, dass wir auch für die zukünftigen Generationen Verantwortung tragen, und wir dürfen nicht ignorieren, dass die Menschen angesichts dieser riesigen Neuverschuldung Angst vor Inflation, vor den Gefahren für die Geldwertstabilität haben. Deshalb ist es gut, richtig und aus meiner Sicht auch notwendig, dass sich der Europäische Rat noch einmal mit der Rolle des Stabilitäts- und Wachstumspaktes befasst.

Vor allem dürfen wir aber nicht vergessen, wo diese Krise ihren Ausgang genommen hat.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb nehmen wir uns auf diesem Europäischen Rat ganz gezielt die **Finanzmarktaufsicht** vor. Wenn diese Finanzkrise eines gezeigt hat, dann, dass wirtschaftliche Freiheit ohne Grenzen und ohne Vernunft das Fundament unserer Gesellschaftsordnung gefährdet. Wir haben gesehen und gelernt: Der Markt braucht Regeln, und wir brauchen vor allen Dingen – der Finanzminister dieses Landes hat in den letzten Wochen häufig darauf hingewiesen – eine internationale Finanzordnung ohne Grauzonen und schwarze Löcher.

Bundesminister Dr. Frank-Walter Steinmeier

- (A) (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des Abg. Rainier Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich glaube, wir sind gemeinsam mit anderen europäischen Partnern ganz erfolgreich gewesen. Wir haben es mit Frankreich auf dem G-20-Gipfel in London nicht nur geschafft, über die Frage einer Neuregulierung, einer neuen Überwachung der Finanzmärkte zu diskutieren, sondern auch, sie an ganz prominenter Stelle auf die internationale Tagesordnung zu setzen. Wir wollen natürlich nicht nur, dass dieses Thema auf der Tagesordnung bleibt, sondern auch, dass es von der Europäischen Union in Gänze vorangetrieben wird, dass die Europäische Union an den vor uns liegenden Weichenstellungen tatsächlich mitwirkt.

Jacques de Larosière, der frühere französische Zentralbankchef, hat, wie wir finden, sehr gute Vorschläge zur Verbesserung der Finanzmarktaufsicht gemacht. Jetzt geht es darum – darum wird es auch auf diesem Gipfel gehen –, diese umzusetzen. Ich will nicht im Detail darauf eingehen. Ein wichtiges Element ist die Schaffung eines sogenannten **Systemrisikorates**, eines Rates, eines Gremiums, das sich ganz speziell mit der Entstehung systemischer Risiken auf dem Finanzmarkt beschäftigen soll. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Europäische Zentralbank einem solchen Gremium, einem solchen Rat tatsächlich vorsitzen kann. Wir werden uns um die Harmonisierung EU-weiter Aufsichtsmöglichkeiten bemühen, die wir in Ergänzung der nationalen Aufsichtsmöglichkeiten, die weiterhin notwendig sind, brauchen, um noch größere Effizienz zu erzielen.

- (B) (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Wir haben es nicht nur mit einer Krise auf den Wirtschafts- und Finanzmärkten zu tun, sondern auch – ich habe es vorhin gesagt – mit einer Gefahr für das gesamte **europäische Gesellschaftsmodell**. Die Antworten, die wir nach der Krise formulieren, müssen europäische Antworten sein, die auf der einen Seite natürlich in wirtschaftlicher und finanzpolitischer Hinsicht, auf der anderen Seite aber auch in sozialer Hinsicht überzeugen. Das heißt, dass wir auch die Rahmenbedingungen für mehr Beschäftigung in Europa verbessern müssen. Das ist vor allem Aufgabe der Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Aber auch der Europäische Rat wird sich heute und morgen damit befassen. Das ist auch gut so; denn das ist notwendig.

(Beifall bei der SPD)

Wenn es ein Thema gibt, an dem sich unsere Zukunft mehr als an irgendeinem Thema entscheiden wird, dann ist das die **Klimapolitik**. Deshalb steht die Klimapolitik auch auf diesem Europäischen Rat ganz oben auf der Tagesordnung. Ich versichere Ihnen: Die Bundesregierung kämpft dafür, dass es im Dezember dieses Jahres in Kopenhagen gelingt, eine Einigung über ein internationales Klimaschutzabkommen zu erzielen. Wie Sie wissen, ist die EU in Vorleistung getreten. Wir haben uns verpflichtet, den Umfang unserer CO₂-Emissionen bis zum Jahre 2020 um 20 Prozent zu reduzieren. Damals haben

- wir auch gesagt: Wir sind sogar bereit, den Umfang der Reduzierung zu erhöhen, wenn andere Industrieländer und die Schwellenländer ebenfalls ihren Beitrag leisten. (C)

Internationale Lastenteilung auf der Grundlage von individueller Leistungsfähigkeit und Verursacherprinzip, das ist das Dreieck, in dem bis zum Dezember dieses Jahres in Kopenhagen ein Kompromiss, eine Lösung gefunden werden muss. Das ist anspruchsvoll und schwierig genug; das gebe ich zu. Aber bis zum Europäischen Rat in Kopenhagen muss eine Lösung gefunden werden.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Dr. Andreas Schockenhoff [CDU/CSU])

Herr Präsident, meine Damen und Herren, die großen **außenpolitischen Fragen**, die anstehen, können wir natürlich nur gemeinsam in der Europäischen Union angehen: Welche strategische Antwort brauchen wir, um insbesondere auf die Lage in Afghanistan und Pakistan zu reagieren? Welchen Beitrag kann die Europäische Union nicht nur zur Stabilisierung der Situation im Nahen Osten leisten, sondern vielleicht auch bezüglich einer neuen Anstrengung im Hinblick auf den dortigen Friedensprozess? Wie kann eine effektive Zusammenarbeit mit der neuen Regierung in den Vereinigten Staaten aussehen, die nicht nur von den einzelnen Mitgliedstaaten der Europäischen Union bzw. nicht nur von deutscher Seite ausgeht, sondern vor allen Dingen von der Europäischen Union? Wie kann man diese Zusammenarbeit effizienter als in der Vergangenheit gestalten?

- Wir leisten unseren Beitrag. Es kommt aber darauf an – das möchte ich betonen –, dass die EU, die Europäische Union als Ganzes, an Handlungsfähigkeit und Bedeutung gewinnt. Wir alle wissen: Kein Mitgliedstaat der Europäischen Union ist in der Lage, Fragen von globalem Ausmaß, wie ich sie gerade genannt habe, allein zu beantworten. Nur zur Erinnerung, meine Damen und Herren: Das war der Grund für den **Lissabon-Vertrag**. Dahinter stand die Grunderkenntnis, dass die Nationalstaaten allein nicht genug sind, sondern dass wir eine Europäische Union brauchen, die auf vielen Feldern und insbesondere in der Außenpolitik effizienter und handlungsfähiger ist. (D)

Was den Lissabon-Vertrag betrifft, so hoffe ich, ohne zu weit vorgeifen zu wollen, dass wir uns auf der Zielgeraden befinden. Wir wollen, dass der Europäische Rat heute und morgen geeignete Weichenstellungen vornimmt, damit dieser Vertrag noch im Laufe dieses Jahres in Kraft treten kann. Ich bin zuversichtlich, dass dies gelingt. 26 der 27 zuständigen nationalen Parlamente haben ihm inzwischen zugestimmt. Ich hoffe, dass wir den Ratifizierungsprozess in Deutschland erfolgreich abschließen können. Das Bundesverfassungsgericht wird am 30. Juni 2009, also in wenigen Tagen, entscheiden.

Das größte Hindernis bleibt natürlich – ich sehe es an Ihren Gesichtern und entnehme es einzelnen Zurufen –

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Zurufe gibt es nicht mehr! Das ist Schnarchen, Herr Minister!)

Bundesminister Dr. Frank-Walter Steinmeier

- (A) die ungelöste Situation in **Irland**. Sie wissen, dass sich der Europäische Rat bereits im Dezember mit der Situation in Irland befasst hat. Er hat eine Reihe von Vereinbarungen getroffen, die Irland eine erneute Durchführung des Referendums erlauben. Sie kennen die irischen Anliegen: im Wesentlichen ethische Fragen

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Ach was! Soziale Fragen!)

sowie Fragen des Familienrechts, auch der Abtreibung, des Steuerrechts und der Verteidigung. Dem soll durch rechtliche Garantien Rechnung getragen werden. An dieser Stelle geht es um rechtliche Klarstellungen; der Vertrag selbst wird nicht wieder aufgemacht.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Wolfgang Zöllner [CDU/CSU])

Meine Damen und Herren, Sicherung der europäischen Handlungsfähigkeit, Vorangehen auf dem Weg zur Weltklimakonferenz, weltweite Finanzarchitektur – das sind die Fragen, die anstehen.

Meines Erachtens spiegelt die Agenda dieses Europäischen Rates wider, was der Karlspreisträger und Europäer der ersten Stunde Hendrik Brugmans einmal prophezeit hat. Er hat gesagt:

Weltpolitik ... werden wir als Europäer gemeinsam – oder gar nicht mehr führen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(B)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner erhält der Kollege Dr. Guido Westerwelle für die FDP-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Dr. Andreas Schockenhoff [CDU/CSU])

Dr. Guido Westerwelle (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Bundesaußenminister, zunächst einmal ist Ihr Hinweis richtig, dass dies die erste europäische Debatte im Deutschen Bundestag seit der **Wahl zum Europäischen Parlament** ist. In diesem Zusammenhang sind zwei Dinge bemerkenswert.

Erstens. Die **Kräfteverhältnisse** im Europäischen Parlament haben sich verändert; aus unserer Sicht glücklicherweise. Diese Ansicht wird nicht jeder teilen. Aus unserer Sicht ist vor allen Dingen erfreulich, dass diejenigen, die die Wirtschafts- und Finanzkrise als Vorwand nutzen wollten, um die soziale Marktwirtschaft abzuwickeln, bei diesen Wahlen geschwächt wurden.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das Zweite ist die **Wahlbeteiligung** selbst. Meines Erachtens macht man es sich zu einfach, wenn man diejenigen, die an der Wahl nicht teilgenommen haben, automatisch als Skeptiker oder Gegner der Europäischen

Union einstuft. Ich habe eher den Eindruck, dass eine sehr große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland sehr wohl weiß, welchen Wert die Europäische Union für Frieden, Wohlstand und Freiheit hat, dass aber eine ebenso große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland die Relevanz der Entscheidungen des Europäischen Parlaments auf den ersten Blick nicht erkennen kann. (C)

(Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt!)

Deswegen ist zweierlei unsere Aufgabe. Erstens müssen wir kenntlich machen, dass die im Europäischen Parlament getroffenen Entscheidungen auch für jede Bürgerin und jeden Bürger in Deutschland von großer Bedeutung sind. Zweitens ist es notwendig, dass wir endlich die demokratischen Institutionen demokratisieren, damit in Europa die demokratische Legitimation für Entscheidungen wächst. Das ist unsere Aufgabe.

(Beifall bei der FDP)

Vor diesem Hintergrund ist die **Subsidiarität** das wichtigste Prinzip. Wir müssen wieder zu dem Prinzip zurückfinden: Europa soll sich auf das beschränken, was nur auf europäischer Ebene beschlossen werden kann. Was Europa nicht regeln muss, das soll es auch nicht regeln dürfen.

Wir wollen Europa für einen gemeinsamen Markt. Wir wollen es für Frieden. Wir wollen es für Stärke der Außenpolitik in der Welt. Wir wollen aber kein Europa, in dem sich eine nicht demokratisch legitimierte Behörde herausnimmt, den Bürgerinnen und Bürgern zu Hause vorzuschreiben, welche Leuchtmittel sie einschrauben dürfen und welche Glühbirnen verboten sind, meine sehr geehrten Damen und Herren. (D)

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das ist nicht Aufgabe von Europa.

Herr Bundesaußenminister, Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass wir infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise auch die europäischen Kontrollstrukturen, die europäische Finanzmarktaufsicht verbessern müssen. Sie haben auch auf die Rolle der **Europäischen Zentralbank** hingewiesen. Ich glaube, man muss der Regierung Kohl/Genscher heute dankbar dafür sein, dass sie bei der Einführung des Euro eine so unabhängige Europäische Zentralbank konstituiert hat. Das war vorausschauende Politik.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ohne Europa wäre diese Finanzkrise sehr schnell auch zu einer wirklichen Währungskrise geworden. Die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank hat ihren Wert. Dass wir gemeinsame Marktaufsichtsstrukturen brauchen, ist wahr. Wir haben Vorschläge dazu gemacht. Sie haben gesagt, Sie wollen bei der Finanzmarktaufsicht die Rolle der Europäischen Zentralbank stärken. Das ist das, was Ihnen für Europa vorschwebt. Aber wie wollen Sie in Europa eine vernünftige Bankenaufsicht

Dr. Guido Westerwelle

- (A) durchsetzen, wenn es Ihnen nicht einmal gelingt, hinsichtlich der nationalen Neuregelung der Bankenaufsicht innerhalb der Regierungskoalition Einigkeit herzustellen?

(Beifall bei der FDP)

Seit mehr als einem halben Jahr debattieren wir im Deutschen Bundestag über die Notwendigkeit, die zersplitterte **deutsche Bankenaufsicht** zusammenzufassen. Seit mehr als einem halben Jahr gelingt es Ihnen nicht, die Bankenaufsicht in Deutschland neu zu regeln. Wer in Europa Autorität haben will bei der Regelung der Bankenaufsicht, muss zuvor zeigen, dass er zu Hause, in Deutschland, seine Hausaufgaben machen kann.

(Beifall bei der FDP)

Schließlich, Herr Bundesaußenminister, bleibt die Frage, was in den letzten elf Jahren getan wurde. Sie können hier keine Regierungserklärung abgeben, dass wegen fehlender Regulierung Veränderungen bei der Bankenaufsicht notwendig sind, und heute und morgen beim Europäischen Rat so tun, also befänden Sie sich in einem Stadium der Unschuld. Sie tragen als Sozialdemokraten seit elf Jahren im Finanzministerium die Verantwortung für die Finanz- und Bankenaufsicht. Warum haben Sie nicht gehandelt?

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Winfried Hermann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es ist Ihr Versagen, was hier heute auf der Tagesordnung steht.

- (B) Meine Damen und Herren, wir alle wissen, dass Europa auch in der Außenpolitik mit einer Stimme sprechen muss. Das sehen wir gerade in diesen Tagen bei der Debatte über den **Iran**. Ich glaube, es ist richtig, dass sich Europa hierzu äußert und sich einbringt. Es ist vernünftig, in der Außenpolitik wieder stärker mit einer Stimme zu sprechen. Wir wünschen Ihnen dafür Erfolg. Denn die junge Generation im Iran möchte Vertrauen in den Rechtsstaat haben können, möchte durch ihre Regierung nicht ihrer Möglichkeiten beraubt werden.

Wir hoffen, dass auch von dem bevorstehenden Gipfel ein gemeinsames europäisches Signal an diejenigen ausgeht, die im Augenblick unter Lebensgefahr auf der Straße für ihre Bürgerrechte und für die Demokratie streiten. Hoffentlich kann Europa es schaffen, mit einer Stimme aufzutreten. Das ist auch keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Iran, das ist eine Angelegenheit der Menschenrechte, und es gibt eine Pflicht zur Einmischung, wenn es um die Menschenrechte geht.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Wir unterstützen das Anliegen der Bundesregierung, die Inkraftsetzung des **Lissabon-Vertrages** zu befördern. Dieses Anliegen ist richtig. Wir verstehen nicht diejenigen, die – auch in Deutschland – den Lissabon-Vertrag ablehnen. Auch wir wissen, dass der Lissabon-Vertrag nicht das Gelbe vom Ei ist, nicht in allem perfekt ist. Aber wir erkennen, dass er einen wesentlichen Fortschritt gegenüber dem Zustand, den wir haben, bringt.

- (C) Vieles von dem, was Europa vorgeworfen wird, wird durch den Lissabon-Vertrag reformiert. Wenn man in Europa das Beste nicht bekommen kann, dann soll man das Zweitbeste nehmen.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben es geschafft, dass wir in Europa mittlerweile ein riesiger Binnenmarkt mit politischen Institutionen geworden sind. Das war ein **Prozess für den Frieden**. Eine wesentliche Voraussetzung dieses Prozesses für den Frieden nach Jahrzehnten und Jahrhunderten des Krieges auf unserem Kontinent ist die Tatsache, dass sich kein Land über ein anderes erhebt.

In den letzten Jahren haben wir sorgenvoll beobachtet, dass sich die kleinen Länder mittlerweile oft genug nicht mehr auf gleicher Augenhöhe respektvoll behandeln fühlen. Es gibt eine gute Lehre aus der Regierungszeit von Helmut Kohl und Hans-Dietrich Genscher, nämlich die, dass in der Europapolitik Luxemburg eben nicht kleiner als Frankreich ist und dass alle Staaten, gleich welche geografische Größe oder welche Bevölkerungszahl sie haben, gemeinsam und respektvoll auf gleicher Augenhöhe miteinander reden.

Herr Bundesaußenminister, deswegen wäre es richtig, wenn Sie auch ein Wort an unsere kleineren Nachbarländer richten würden. Mit der Kavallerie droht man unseren Nachbarländern nicht. Das ist ein Thema der Außenpolitik und nicht nur der Finanzpolitik.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

- (D) Das mag sich hier als Satire anhören, in diesen Ländern ist das aber von großer Bedeutung. Das zu beachten, ist auch notwendig; denn um unsere eigenen Interessen durchsetzen zu können, müssen wir auch auf die kleineren Länder setzen.

Wie nötig das ist, werden wir bereits jetzt sehen, wenn es um die **Personalentscheidungen** geht. Herr Bundesaußenminister, dazu hätten wir in der Regierungserklärung gerne etwas gehört.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau! – Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt!)

Wie kann es sein, dass zu einem der wichtigsten Anliegen in den nächsten beiden Tagen, nämlich zu der Frage, wer in Europa wo was zu sagen hat, in der Regierungserklärung kein einziges Wort verloren wird? Was ist das für eine Regierungserklärung?

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir als Parlamentarier werden doch veräppelt, wenn Sie zu der wichtigsten Frage hier nichts sagen.

Warum sagen Sie dazu nichts? Sie sagen dazu nichts, weil Sie sich natürlich wieder nicht einig sind. Ich habe gehört, dass die stellvertretende Chefin der SPD-Fraktion über den Präsidenten gesagt hat, dass Barroso kein starker Kommissionspräsident war. Wörtlich sagte sie:

Dr. Guido Westerwelle

- (A) Deswegen sind wir in der SPD dagegen, dass Barroso erneut Kommissionspräsident wird.

Ist das die Haltung der Bundesregierung?

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Nein!)

Hat die Bundesregierung überhaupt eine Haltung?

(Heiterkeit – Zurufe von der CDU/CSU: Ja! – Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nicht eine, sondern mehrere!)

– Es ist eine wirklich glückliche Stunde in diesem Parlament, dass wenigstens die Parlamentarier noch an diesen Unfug glauben.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Es ist ein Treppenwitz, dass in einer Regierungserklärung nichts zu den künftigen Machtverhältnissen in Europa gesagt wird. Sie verhandeln längst und äußern sich dazu öffentlich, aber das Parlament soll dazu nichts erfahren. Sie wollen, dass Europa in der Welt stark ist, indem wir mit einer Stimme sprechen – da haben Sie recht –, aber Deutschland ist in Europa nur stark, wenn wir eine Regierung haben, die mit einer Stimme spricht. Sie aber sind ein vielstimmiger Chor. Dadurch werden die deutschen Interessen in Europa geschwächt.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun der Kollege Dr. Andreas Schockenhoff für die CDU/CSU-Fraktion.

(B)

Dr. Andreas Schockenhoff (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist die letzte europapolitische Debatte in dieser Legislaturperiode, und damit haben wir Anlass, Bilanz zu ziehen, aber auch nach vorne zu schauen.

Durch die Themen, die beim EU-Gipfel heute und morgen eine wichtige Rolle spielen werden – die Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise oder auch die Bekämpfung des Klimawandels –, werden wir in den kommenden Jahren und nicht nur in der kommenden Legislaturperiode erheblich gefordert. Deswegen ist es wichtig, dass wir uns dabei von einem klaren Kompass, von einer überzeugenden Idee leiten lassen.

Wenn durch die Wirtschafts- und Finanzkrise eines bestätigt wurde, dann ist es die Stärke und Attraktivität des **europäischen Modells der sozialen Marktwirtschaft**.

Wir müssen den Erfolg unserer werte- und regelgebundenen Wirtschaftsordnung in der Welt herausstellen und für die Umsetzung ihrer Prinzipien eintreten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das gilt sowohl gegenüber unregulierten Marktmechanismen als auch gegenüber Konzepten einer etatistischen Planwirtschaft.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt deshalb sehr, dass die Bundeskanzlerin immer wieder diesen zentralen Leitgedanken europäischen Handelns für eine

globale, dem Menschen dienende Wirtschafts- und Finanzordnung hervorhebt und danach handelt. In den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg war die Aufgabe Europas vor allem die Herstellung einer Friedensordnung. Wir sind bei diesem Ziel weit vorangekommen. (C)

Jetzt muss Europa zu seinem eigenen Schutz seine Kräfte und seine Stärke noch mehr nach außen wenden. Angesichts von Herausforderungen wie der Finanz- und Wirtschaftskrise oder des Klimawandels ist es die Aufgabe der EU, die Stimme der sozialen Marktwirtschaft für eine internationale Ordnung nachhaltigen Wirtschaftens zu sein. Denn es gibt keine Alternative zu einer Wirtschaftsordnung, die auch auf den Grundsätzen beruht, dass die Würde des Menschen unantastbar ist, dass Kinderarbeit und Raubbau an der Natur nicht hingenommen werden und dass wir soziale und ökologische Mindeststandards haben. Sonst werden wir in der Welt von morgen nicht so leben können, wie wir es wollen. Das ist der Gedanke, von dem wir uns leiten lassen und der unser Handeln bestimmt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU sowie des Abg. Kurt Bodewig [SPD])

Aktuell geht es darum, eine echte **europäische Regulierung des Finanzsektors** sicherzustellen. Wir müssen ein Finanzsystem schaffen, das unsere Sparer schützt, den Unternehmen und Arbeitnehmern verpflichtet ist und mit Blick auf Hedgefonds, Steueroasen oder Managergehälter im Finanzsektor das europäische Vorbild für eine verantwortungsbewusste internationale soziale Marktwirtschaft darstellt. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wer dieses Ziel nach außen erreichen will, braucht zunächst einmal größtmögliche **Geschlossenheit innerhalb der EU** und vor allem ein gutes **Vertrauensverhältnis**. Deshalb war es gut, dass die Bundeskanzlerin unmittelbar nach ihrem Amtsantritt wieder für Berechenbarkeit und Glaubwürdigkeit der deutschen Außenpolitik, für ein Vertrauensverhältnis zu unseren Partnern und darauf aufbauend auch für Geschlossenheit innerhalb der EU gesorgt hat. Beides war 2005 nicht der Fall. Wenn man heute Bilanz zieht, dann muss noch einmal darauf hingewiesen werden, dass die Regierung Schröder Europa und die NATO gespalten hatte.

(Axel Schäfer [Bochum] [SPD]: Unsinn!)

– Ich erinnere nur an die Pressekonferenz von Chirac, Schröder und Putin, Herr Kollege, als eine neue Achse Paris–Berlin–Moskau ausgerufen wurde. Das hat die Geschlossenheit von NATO und EU nachhaltig zerstört.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Axel Schäfer [Bochum] [SPD]: Völlig absurd!)

Ich erinnere auch an die Verhandlungen über die Ostsee-Pipeline, die vor 2005 über die Köpfe unserer mitteleuropäischen Nachbarn hinweg vorangetrieben wurden. Damit wir uns richtig verstehen: Das Projekt ist im Interesse der gesamten EU unverzichtbar, aber die Art und

Dr. Andreas Schockenhoff

- (A) Weise, wie es von der Regierung Schröder betrieben wurde, hat die EU nicht geeint, sondern gespalten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sie, Herr Außenminister, waren damals Kanzleramtsminister und tragen damit eine entscheidende Mitverantwortung für diese Spaltungspolitik. Unsere Nachbarn sind darüber bis heute verunsichert. Wenn Sie jetzt in Ihrer Budapester Rede – also in einem Nicht-Euroland – eine, so wörtlich, „engere Abstimmung in der Eurozone zu zentralen wirtschaftlichen Fragen, insbesondere zur Lohn-, Sozial- und Steuerpolitik“ fordern, dann ist das nicht nur unsensibel gegenüber dem Gastland, das nicht der Eurozone angehört; es birgt vor allem die Gefahr einer neuen Spaltung. Zumindest ist es in seinen Konsequenzen nicht zu Ende gedacht, Herr Außenminister.

Wollen Sie wirklich, dass stabilitätsorientierte Länder wie Schweden oder Dänemark oder auch unser Nachbarland Polen, das unter seinem Ministerpräsidenten Tusk eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik betreibt, bei zentralen wirtschaftlichen Fragen außen vor bleiben, weil sie nicht in der Eurogruppe sind? Was heißt eigentlich „engere Abstimmung“? Entweder geht es um Information untereinander. Das braucht man nicht zu fordern; denn es ist heute schon möglich. Man muss es nur tun, und zwar ohne andere auszuschließen. Oder heißt „engere Abstimmung“, Vorentscheidungen zu treffen, die wir im Bundestag im Übrigen nur nachvollziehen könnten? Das ist eine Beschneidung unseres Haushaltsrechts und schon daher inakzeptabel.

- (B) Nein, Herr Außenminister, die Zuständigkeit für die Haushalts-, Steuer- und Sozialpolitik liegt aus guten Gründen nach wie vor bei den Mitgliedstaaten. Es ist der einheitliche europäische Binnenmarkt, der die Grundlage der Union aller Mitgliedstaaten bildet, sowohl derer, die bereits zum Euroraum gehören, als auch der Nicht-Eurostaaten. Die entscheidende Rolle bei der Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik muss der Rat der 27 Wirtschafts- und Finanzminister spielen. Alles andere würde nur zu neuen Verwerfungen führen, die wir uns nicht leisten können.

(Beifall bei der CDU/CSU)

In diesem Zusammenhang begrüßen wir sehr, dass die Bundeskanzlerin die kleinen und mittleren EU-Staaten – Herr Westerwelle, Sie haben das soeben erwähnt – immer mitnimmt, wenn es um wichtige Entscheidungen geht. Ich möchte daran erinnern, dass die Bundeskanzlerin Estland und Polen bei der Pressekonferenz zum EU-Russland-Gipfel in Samara vor laufenden Kameras in Schutz genommen hat. Das hat der Außenminister als Schaufensterpolitik bezeichnet.

(Dr. Peter Struck [SPD]: Was erzählen Sie denn da?)

Es handelt sich aber um die Wahrnehmung deutscher Interessen. Wenn der Vertrag von Lissabon in Kraft tritt, finden in der EU künftig häufiger Mehrheitsentscheidungen statt. Deutschland könnte dabei sehr schnell in eine Minderheitenposition geraten.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie bei der Arbeitszeitrichtlinie!)

(C)

Deswegen ist es gerade im deutschen Interesse, die kleinen und mittleren EU-Partner immer mitzunehmen, einen fairen Interessenausgleich zu suchen, zu vermitteln und nicht zu spalten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die von der Bundeskanzlerin maßgeblich herbeigeführte Geschlossenheit in der EU und die neu geschaffene Vertrauensgrundlage waren die entscheidenden Voraussetzungen dafür, dass die Finanzierung der EU Ende 2005 sichergestellt werden konnte, dass die Verhandlungen zum Lissabonner Vertrag während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft erfolgreich abgeschlossen wurden und dass unter deutschem und französischem EU-Vorsitz ein entschiedenes Bekenntnis zur Bekämpfung des Klimawandels abgelegt wurde.

Mit dem **Klimapaket** ist die Europäische Union die erste und bisher einzige Region in der Welt, die ehrgeizige und rechtlich verbindliche Regeln verabschiedet hat, um zu verhindern, dass ein weltweiter Temperaturanstieg von mehr als 2 Grad stattfindet. Es kommt jetzt darauf an, dass sich die anderen großen Industriestaaten genauso engagieren wie wir Europäer. Das gilt insbesondere für die USA. Den ermutigenden Worten von Präsident Obama müssen nun auch überzeugende Taten folgen.

Nur so werden wir erreichen, dass Schwellenländer wie China oder Indien ihren Beitrag leisten und wir im Dezember in Kopenhagen ein echtes weltweites Klimaabkommen beschließen können. Damit es dazu kommt, müssen alle Staaten noch erhebliche Anstrengungen unternehmen. Wir können aber heute schon sagen: Wir würden dieses Ziel nicht erreichen, wenn es nicht die treibende Kraft der Bundeskanzlerin für die führende Rolle der EU in der Klimapolitik gäbe.

(D)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die Wahlen zum Europäischen Parlament haben in vielen EU-Ländern – nicht nur hier in Deutschland – wichtige Signale für die künftige Entwicklung gesetzt. Wir haben mit besonderem Interesse auf das Ergebnis in Irland geschaut. Aufgrund dieses Ergebnisses können wir hoffen, dass das erneute Referendum im Herbst den Weg für das Inkrafttreten des Lissabonner Vertrages frei machen wird. Der EU-Gipfel wird den irischen Wünschen Rechnung tragen.

Mit dem Lissabonner Vertrag werden wir einen **Präsidenten des Europäischen Rates** bekommen. Ich bin davon überzeugt, dass dieser Präsident nicht nur für mehr Kontinuität und Effizienz der Arbeit des Europäischen Rates sorgen wird. Da er mindestens zweieinhalb Jahre amtiert, wird er *die* herausragende EU-Persönlichkeit werden. Als der europäische Präsident wird er eine halbe Milliarde EU-Bürger repräsentieren. Er wird daher auf gleicher Augenhöhe mit dem amerikanischen, dem chinesischen oder dem russischen Präsidenten stehen und besondere Aufmerksamkeit erhalten.

Dr. Andreas Schockenhoff

- (A) Das wird aus meiner Sicht nicht nur mehr europäische Identität stiften; das wird auch die Möglichkeit bieten, bei künftigen europäischen Wahlen im Wahlkampf die Aufmerksamkeit auf die Persönlichkeiten und die Kandidaten für die Spitze Europas zu konzentrieren. Dadurch wird die Wahl spannender, was vielleicht zu einer höheren Wahlbeteiligung führen wird. Ich finde, die Rolle des europäischen Präsidenten eröffnet eine Chance, mehr Interesse für Europa zu wecken.

Die Regierung Merkel hat Vertrauen und Handlungsfähigkeit in der Europäischen Union zurückgewonnen. Das ist die wichtigste Voraussetzung, um die enormen Herausforderungen der kommenden Jahre geschlossen und gemeinsam zu bewältigen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Dr. Gregor Gysi ist der nächste Redner für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE):

- Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der EU-Gipfel wird sich mit drei Themen befassen: mit der Finanz- und Wirtschaftskrise, mit dem Lisabon-Vertrag und mit dem Klimaschutz.
- (B)

Zum **Klimaschutz**: Man kann deshalb auf wirkliche Veränderungen – und zwar in einem positiven Sinn – hoffen, weil Obama diesbezüglich offensichtlich eine gänzlich andere Politik macht als Bush. Ohne die USA kann man das Klima nicht retten und den Klimawandel nicht verhindern. Deshalb haben wir diesbezüglich Hoffnung.

Zur **Finanz- und Wirtschaftskrise**: Der Europäische Rat hat die Absicht, vorzuschlagen, auf keinen Fall mehr Konjunkturmaßnahmen durchzuführen. Ich muss Ihnen sagen: Ich finde diese Empfehlung der EU abenteuerlich.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Wir haben die Talsohle der Krise noch gar nicht erreicht. Wir wissen noch gar nicht, wie viele Arbeitslose es 2010 geben wird. Aber schon soll entschieden werden: Nichts mehr investieren! Was heißt „nichts mehr investieren, keine Konjunkturprogramme mehr“ überhaupt? Die Studenten sowie die Schülerinnen und Schüler gehen auf die Straße und streiken, weil wir ein unterdurchschnittliches Bildungssystem in Europa haben. Wir sollen nun aber im Europäischen Rat beschließen: Es gibt nicht mehr Geld für Bildung. – Das ist doch abenteuerlich; das geht nicht.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Nehmen wir als Beispiel die **Binnenwirtschaft**: Wir brauchen endlich einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn. Wir brauchen höhere Sozialleistungen. Wir brauchen höhere Renten, und zwar auch für die Wirtschaft; denn sonst wird immer weniger gekauft und werden immer weniger Dienstleistungen in Anspruch genommen – mit dem Ergebnis, dass die Binnenwirtschaft weiter zusammenbricht. Ich kann diese Empfehlung bzw. – wenn es dazu kommt – diesen Beschluss des Europäischen Rates überhaupt nicht nachvollziehen.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Sie haben dazu nichts gesagt, Herr Außenminister.

Im Übrigen will die Regierung selbst über 90 Milliarden Euro weitere Schulden für das Jahr 2009 aufnehmen. Sie verraten uns aber nicht, was Sie im Jahr 2010 vorhaben. Wir wissen zudem nicht, wie viele Schrottpapiere unsere privaten Banken in ihren Bilanzen eigentlich noch haben. Sind es nun über 800 Milliarden, über 900 Milliarden oder über 1 000 Milliarden Euro? Wir bekommen keine Auskünfte. Wir alle sollen bis zum 27. September nur vor uns hinhecheln. Danach werden wir Ihre Wahrheiten erfahren. Aber mir ist das zu spät, muss ich Ihnen sagen, Herr Bundesaußenminister.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Union und FDP beschließen in dieser Phase der Entwicklung Deutschlands auch noch Steuersenkungen. Das ist mehr als ein Zauberladen, den Sie da aufmachen wollen. Das ist völlig absurd.

(D)

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Ich sage Ihnen, was nach dem 27. September passieren wird. Ich befürchte, dass man zwei Dinge machen wird: Man wird Sozialleistungen kürzen und natürlich Steuern erhöhen. Ich beschreibe Ihnen nun einmal, wie der Zeitgeist dafür organisiert wird. Zuerst gibt es einen Arbeitgeberverband, der sagt: Per 1. Januar 2011 muss die Mehrwertsteuer von 19 auf 25 Prozent erhöht werden. Dann kommt noch ein satanisches Argument: Wenn man das rechtzeitig beschließt und die Leute schon 2010 wissen, dass am 1. Januar 2011 alles teurer wird, dann kaufen sie 2010 mehr ein, und das belebt die Binnenwirtschaft. So die Theorie dieses Arbeitgeberverbandes. Dann kommt ein Institut aus Hamburg und sagt, man müsse doch zum 1. Januar 2011 die Mehrwertsteuer von 19 auf 25 Prozent erhöhen, und bringt dasselbe Argument. Dann kommt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung und sagt, man müsse doch zum 1. Januar 2011 die Mehrwertsteuer von 19 auf 25 Prozent erhöhen, und macht denselben Vorschlag. Was machen nun Union und SPD? Beide sagen: Das kommt gar nicht in die Tüte.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Das hatten wir schon!)

Aber ehrlich, Herr Bundesaußenminister, ich fühle mich sehr an die Plakate von 2005 „Keine Mehrwertsteuererhöhung“ erinnert. Aus null wurden dann 3 Prozent-

Dr. Gregor Gysi

- (A) punkte. Ich befürchte, dass wir dasselbe nach dem 27. September erleben.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Nun komme ich zum nächsten Thema – auch das ist sehr ernst –, zum **Lissabon-Vertrag**. Sie haben die geringe Wahlbeteiligung bei der Europawahl und eine gewisse EU-Skepsis kritisiert. Sie sagen aber nichts dazu, dass die Regierung das mitorganisiert. Ich will Ihnen dazu zwei Beispiele nennen.

Das eine Beispiel ist: Alle Regierungen der EU versuchen immer, Regelungen im Rahmen des Europarechts dort zu schaffen, wo sie meinen, national nicht weiterzukommen. Dann erleben die Bürgerinnen und Bürger, dass ihnen jeder zweite Bürgermeister jedes dritte Mal, wenn sie berechnete Anträge stellen, erklärt, das gehe wegen des EU-Rechts leider nicht.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das habe ich noch nie gesagt, und ich bin Bürgermeister!)

Wenn er das sagt, stimmt das in der Hälfte der Fälle, in der anderen Hälfte stimmt es nicht. Das verbessert das Image der EU im Sinn, im Denken und Fühlen der Menschen nicht gerade.

Das zweite Beispiel – das finde ich viel dramatischer – ist: Der Entwurf einer europäischen Verfassung wird vorgelegt. Dann sagen zwei Völker, nämlich Frankreich und die Niederlande, Nein. Daraufhin überlegen Sie nicht, eine bessere Verfassung zu entwickeln. Sie überlegen auch nicht, in allen Mitgliedsländern einen Volksentscheid durchzuführen und überall eine Mehrheit zu erreichen, damit wir eine EU der Völker bekommen. Vielmehr überlegen Sie, wie Sie diesen Vertrag kosmetisch leicht korrigieren, um zu verhindern, dass es in Frankreich und Holland noch einmal einen Volksentscheid gibt. Das heißt, Sie überlegen, wie Sie eine EU der Regierungen schaffen, nicht eine EU der Völker. Genau das haben wir kritisiert.

- (B) Sie überlegen auch nicht, in allen Mitgliedsländern einen Volksentscheid durchzuführen und überall eine Mehrheit zu erreichen, damit wir eine EU der Völker bekommen. Vielmehr überlegen Sie, wie Sie diesen Vertrag kosmetisch leicht korrigieren, um zu verhindern, dass es in Frankreich und Holland noch einmal einen Volksentscheid gibt. Das heißt, Sie überlegen, wie Sie eine EU der Regierungen schaffen, nicht eine EU der Völker. Genau das haben wir kritisiert.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Eine Ausnahme hier ist Irland. In Irland muss es nun mal zwingend einen Volksentscheid geben. Prompt sagt die Bevölkerung Nein.

(Axel Schäfer [Bochum] [SPD]: Abwarten!)

Nun überlegen Sie sich, was Sie machen. Herr Außenminister, Sie erklären: 26 Staaten haben diesen Vertrag ratifiziert bzw. die Parlamente haben zugestimmt, oder man ist dabei, ihn zu ratifizieren. Die Bevölkerung wurde nicht gefragt. Schön. Dann sagen Sie: Mit Irland müssen wir ein Protokoll anfertigen und eine Regelung finden, damit die Bevölkerung auch Ja sagt. Wissen Sie, dass Sie damit alle 26 Ratifizierungsverhandlungen wieder infrage stellen? Wenn Sie jetzt Irland etwas zubilligen, müssen Sie bedenken, dass das von den anderen Ländern während der Ratifizierung nicht genehmigt worden ist.

Jetzt müssten Sie, wenn Sie das rechtlich korrekt machen wollen, noch einmal 26 Ratifizierungsverfahren

einleiten. Das sollten Sie aber erst dann tun, wenn die irische Bevölkerung Ja gesagt hat. Eines geht nicht, nämlich dass Sie in Irland so lange abstimmen lassen, bis es eine Mehrheit für den Vertrag gibt. Gehen Sie doch einen anderen Weg! Schaffen Sie einen Vertrag, der mit Sicherheit die Zustimmung aller Völker der Europäischen Union finden wird! Das wäre der richtige Weg.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Ich möchte nun zwei Punkte ansprechen, die Sie mir einmal erklären müssten. Der erste Punkt ist: In Art. 42 des Lissabon-Vertrages steht:

Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern.

Warum, Herr Außenminister, kann in diesem Artikel nicht stehen: Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, **abzurüsten**? Warum muss in dem Vertrag stehen, dass sie sich verpflichten, aufzurüsten? Weshalb muss man dazu Ja sagen?

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Der zweite Punkt – das ist das stärkste Stück, finde ich –: Sie haben gesagt, Sie wollen eine **internationale Finanzzone** ohne Grauzonen und ohne schwarze Löcher. Daraufhin wurde sehr intensiv geklatscht. Neue Regulierungen und mehr Bankenaufsicht haben Sie gefordert. Was steht im Vertrag? In Kap. 4, nämlich in Art. 63, steht – das sage ich auch der FDP –:

Im Rahmen der Bestimmungen dieses Kapitels sind alle Beschränkungen des Zahlungsverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten sowie zwischen den Mitgliedstaaten und dritten Ländern verboten.

Sie haben im Lissabon-Vertrag jede Regulierung ausgeschlossen und behaupten hier das Gegenteil.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos] – Axel Schäfer [Bochum] [SPD]: Unsinn!)

Sie haben nicht einmal vor, das zu ändern, was dort geregelt ist.

(Kurt Bodewig [SPD]: Die Ausgrenzung von Ländern ist verboten! Das ist wirklich Unsinn!)

– Sie können hier so viel herummaulen, wie Sie wollen. Ich weiß, dass Sie alle dem Vertrag zugestimmt haben.

(Kurt Bodewig [SPD]: Zu Recht! – Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aus guten Gründen haben wir zugestimmt!)

Aber das Bundesverfassungsgericht entscheidet erst am 30. Juni dieses Jahres. Danach unterhalten wir uns noch einmal neu.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos] – Axel Schäfer [Bochum] [SPD]: Sehr gerne! Darauf kommen wir zurück!)

(C)

(D)

Dr. Gregor Gysi

- (A) Vielleicht haben Sie doch das eine oder andere übersehen.

Ich komme zu einer weiteren Frage. Der Europäische Gerichtshof hat immer wieder Einschränkungen des Streikrechts bestätigt und erklärt, dass öffentliche Aufträge nicht an Tariflöhne gebunden werden dürfen. Warum? Im EU-Recht ist geregelt – keine Regelung im EU-Recht ist ohne Zustimmung der Bundesregierung entstanden, weil dort das Einstimmigkeitsprinzip gilt –, dass die **Kapitalfreiheit** Vorrang vor **sozialen Grundrechten** hat. Deshalb gibt es jetzt gemeinsame Erklärungen des DGB mit der SPD, mit den Linken und mit den Grünen, in denen gefordert wird, diese Regelung im Europarecht umzudrehen und dafür zu sorgen, dass die sozialen Grundrechte Vorrang vor der Kapitalfreiheit haben. Nichts davon steht im Lissabon-Vertrag! Er ist nämlich noch unter dem neoliberalen Zeitgeist abgeschlossen worden. Das ist die Wahrheit. Deshalb müssen wir das korrigieren.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos] – Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ein Unfug!)

Ich bin relativ sicher, dass wir in der Europäischen Union vorankommen, aber nicht auf der Basis der Konservativen und auch nicht auf der Basis des Neoliberalismus. Wir werden nur dann vorwärtskommen, wenn den Menschen soziale Sicherheit gewährt wird. Das heißt, die sozialen Grundrechte müssen endlich im Vordergrund des Europarechts stehen, damit der Europäische Gerichtshof nicht mehr so abenteuerliche Entscheidungen treffen kann, wie er das in der Vergangenheit getan hat.

- (B)

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nächster Redner ist der Kollege Kurt Bodewig für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Kurt Bodewig (SPD):

Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe leider häufig das Vergnügen, nach einem Redner der Linkspartei zu sprechen. Das zwingt mich dann immer zu Korrekturen:

Der Art. 63 – eine sachliche Korrektur – verhindert nur, dass ein Land im Finanzsystem der EU ausgegrenzt wird. Es ist also völliger Unsinn, was der Kollege Gysi hier gesagt hat.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der zweite Punkt, der mich etwas mehr berührt, betrifft die Frage des Umgangs der Partei Die Linke mit dem Vertrag von Lissabon. Ich will Ihnen eines sagen: Sie machen nichts anderes, als auf einer antieuropäi-

schen Welle zu surfen. Sie müssen aufpassen, dass Sie nicht in einer Schmuttelumgebung im Europäischen Parlament landen, wo eine ganze Reihe von nationalistischen Antieuropäern mit Ihren Argumenten Politik macht. Diese Ähnlichkeit sollten Sie einmal überdenken. Ich glaube, das hat etwas mit politischer Kultur zu tun.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Widerspruch bei der LINKEN)

Deswegen werde ich noch eines sagen: Sie werden am 30. Juni eine Watsche vom Bundesverfassungsgericht bekommen, die sich wirklich sehen lassen kann.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Das werden wir ja erleben! – Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Woher wissen Sie denn das?)

Ich glaube und hoffe, dass zumindest das zu Vernunftansätzen führt.

(Beifall bei der SPD)

Ich will aber auch auf die anderen Debattenredner ganz kurz eingehen, bevor ich meine eigenen Anliegen einbringe. Zur FDP: Ich glaube, jeder hier ist für Subsidiarität. Subsidiarität steht im Lissabon-Vertrag, und sie wird von keinem infrage gestellt. Ich will aber sehr deutlich machen, dass die Mitgliedstaaten der Europäischen Union bewusst Themen, die vorher nicht Gemeinschaftsrecht waren, zum Gemeinschaftsrecht gemacht haben, weil sie gesagt haben: Die einzige politische Lösung, die machbar ist, ist eine europäische Lösung. – Ich glaube, das ist ein guter Ansatz. Das ist unser Umgang mit Subsidiarität, und der ist vernünftig.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Zu Herrn Kollegen Schockenhoff: Ich sagte noch zu meiner Kollegin: Das ist doch ein vernünftiger Kollege. – Als dann Ihre Rede begann, Herr Schockenhoff, war ich anderer Ansicht und wusste nicht mehr, in welcher Koalition wir sind.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Das ist ja das Thema, das uns auch bewegt!)

Ich will nur auf einen Punkt eingehen. Erklären Sie mir doch einmal, warum Ihre damalige Position der Unterstützung des Irak-Kriegs, der von der Koalition der Willigen geführt wurde, richtig war.

(Dr. Andreas Schockenhoff [CDU/CSU]: Das ist doch eine absurde Unterstellung!)

Ich kann Ihnen nur eines sagen: Was Bundeskanzler Gerhard Schröder damals gemacht hat, war ein Zeichen der Vernunft; denn dieser Irak-Krieg war ein einziges Desaster, und er führte dazu, dass der Nahe Osten dauerhaft destabilisiert wurde.

(Beifall bei der SPD)

Über diese Verantwortung müssen wir alle miteinander reden. Ich glaube, das war eine Fehlentscheidung, und

Kurt Bodewig

- (A) man darf historisch auch einmal etwas korrigieren; das sage ich allen.

Ich möchte noch auf einen anderen Punkt kommen. Ich glaube, dass der Europäische Rat jetzt eine ganz wichtige Rolle spielt. Es gibt wirklich wichtige Themen. Ich erinnere daran, dass der Außenminister zu Beginn des Jahres ein Neun-Punkte-Programm über die Grundzüge des zweiten Konjunkturpakets und die Finanzmarktgrundzüge vorgelegt hat. Das wurde im **Steinbrück/Steinmeier-Papier** präzisiert. Es wurde dann von der G 20 fast eins zu eins übernommen. Ich finde, das ist ein guter Schritt, der sich sehen lassen kann und auf den man stolz sein kann.

(Beifall bei der SPD)

Es wurde das Thema **Steuerentlastung** angesprochen. Ich glaube, es ist nicht die Zeit für Steuerentlastungen, es sei denn, alle diejenigen, die diese fordern, erklären, wo sie Einsparungen vornehmen wollen. Wollen sie an die Sozialsysteme, wollen sie an die Rente, oder in welcher Form wollen sie agieren? Denn Steuerentlastungen werden nicht zusätzlich möglich sein. Ich freue mich auf Antworten; denn diese führen zu neuen Auseinandersetzungen.

Ich glaube, dass der Rat richtig liegt, wenn er sich für eine **europäische Finanzaufsicht** ausspricht. So müssen die nationalen Finanzaufsichten koordiniert werden, es muss aber auch eine Risikoanalyse auf der Makroebene durch den geplanten Europäischen Ausschuss für Systemrisiken erfolgen. Wir brauchen das. Dies war ein Bereich, der in der Vergangenheit vernachlässigt wurde, was dazu führte, dass die Finanzkrise in eine Wirtschaftskrise mündete. Ich glaube, dass wir mit dem Konjunkturprogramm der Krise weiter entgegenwirken können und wir irgendwann Licht am Ende des Tunnels sehen. Ich hoffe nicht, dass im Tunnel uns andere Züge entgegenkommen.

(B)

Lassen Sie mich noch auf einen anderen Punkt eingehen: **Klima und Energie**. Das Thema Klima und Energie wird ein ganz zentrales Thema dieses Rates sein. Ich glaube, wir haben nur ein ganz kleines Zeitfenster. Der Klimawandel schreitet bedrohlich fort. Wir müssen dieses Zeitfenster nutzen. Eine der ganz großen Aufgaben wird das sein, was der Außenminister beschrieben hat. Es muss uns nämlich gelingen, mit diesem Rat die Konferenz von Kopenhagen vorzubereiten. Wir sollten nicht nur unsere eigenen Anstrengungen noch einmal beschreiben, sondern darauf abzielen, die CO₂-Emissionen um 30 Prozent zu reduzieren, wenn es gelingt, andere Industrie- und Schwellenländer in diesen Prozess mit einzubeziehen. Das ist der richtige Weg.

(Beifall bei der SPD)

Ich kann Ihnen sagen, es ist jetzt auch die richtige Zeit. Der Wechsel in den USA war ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg, ein Nachfolgeprogramm für das Kioto-Protokoll aufzustellen. Kopenhagen wird wichtig sein.

Es wird übrigens nicht einfach sein, 192 Länder auf eine gemeinsame Position festzulegen. Ich warne davor, sich jetzt innerhalb der EU bei der Frage zu verhakeln,

wie der regionale Lastenausgleich erfolgen soll; ich bitte Sie, auch beim Rat darauf zu achten. Das wäre in diesem Moment nämlich ein falsches Signal. Erst muss es gelingen, sich auf ein **globales Ziel** zu verständigen und dieses zu verankern. Wenn dies nicht gelingt, dann wird diese Welt in weitere neue konkurrierende Blöcke zerfallen, die nicht mehr den alten Blockkonfrontationen entsprechen. Es wird **Ressourcenkonflikte** in einem Ausmaß geben, das uns alle die Zukunft wirklich fürchten lässt. Einher damit gehen nicht nur Flüchtlingsbewegungen oder eine Ausdehnung der Sahelzone, vielmehr werden die Grundfesten der Gesellschaften in der Welt erschüttert werden. Deswegen halte ich es für so wichtig, dieses Thema gut vorzubereiten und zum eigentlichen Schwerpunkt des Rates zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen auch eine **globale Technologierevolution**. Deutschland hat vor zehn Jahren angefangen, erneuerbare Energien und Energieeffizienz zu einem Schwerpunktthema zu machen. Bei diesen Themen sind wir jetzt sozusagen Weltmarktführer. Meiner Meinung nach hat jedes Land dieser Welt Anspruch auf eine preiswerte Form der Energiegewinnung. Hierbei voranzukommen, ist unsere große Aufgabe.

Ich nenne ein nächstes Ziel, das auf dem Rat behandelt wird: die **Ostsee-Strategie**. Sie ist ein großes Anliegen der schwedischen Ratspräsidentschaft. Ich selber bin ehrenamtlich Chairman des internationalen Baltic Sea Forums; das Thema ist auch mir also ein großes Anliegen. Es hat aber auch etwas mit der Integration in Europa zu tun. Der Ostsee-Raum bietet eigentlich nach 1989 das beste Beispiel für die Integration von Staaten: Diese waren bedroht, konnten sich dann aus dem sowjetischen System befreien und schaffen es jetzt in einer stabilen europäischen Gemeinschaft, sich ökonomisch zu entwickeln. Hier weiter voranzukommen, ist eine der großen Aufgaben. Ich halte diese Ostsee-Kooperation für eine Erfolgsgeschichte; sie kann ein Modell für andere Meeresregionen in dieser Welt sein.

(D)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Diese Region stellt einen großen Block innerhalb der EU dar, und wir sollten dies wirklich ernst nehmen. Wir sollten sagen: Die Ostsee-Strategie ist etwas, das uns hilft, auch die Kooperation in anderen Regionen zu bestärken, etwa im Schwarzmeer-Raum. Wenn sich auch Deutschland als maritimer Standort noch etwas weiterentwickelt, dann ist das eigentlich kein schlechtes Aushängeschild.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Lassen Sie es mich auch an dieser Stelle noch einmal sagen: Meines Erachtens gibt es immer noch eine **Spaltung der Energieversorgung** zwischen Ost und West. Es gibt wenig durchgehende Leitungsnetze, etwa in die baltischen Staaten. Hier müssen wir etwas tun. Entsprechende Programme sowohl europäisch zu verankern wie auch anzureizen, ist eine große Aufgabe und wird die Integration Europas weiter voranbringen.

(Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sehr wichtig!)

Kurt Bodewig

- (A) Dazu gehört auch das **Pipelineprojekt**, das ich für sehr wichtig halte, denn es dient nicht nur unserem Land, sondern auch der Versorgung Westeuropas, also einer Solidarität, die das Zusammenwachsen der beiden großen Teile Europas fördert.

Mir ist wichtig, dass auch Folgendes klar ist: Wir sollten selbstbewusst sagen, es gibt Interessen, auch deutsche Interessen, aber bei allem steht im Mittelpunkt das Interesse an der **Sicherheit der Energieversorgung** in Europa. Wenn wir auf diesem Gebiet vorankommen, dann sind wir auch ein Vorbild für andere Konfliktbereiche in dieser Welt und zeigen, dass es Lösungsmöglichkeiten gibt, deren Verwirklichung zwar Zeit braucht, die aber dann auch nachhaltig sind.

(Beifall bei der SPD)

Da ich meine letzte Rede im deutschen Parlament halte, möchte ich noch einiges über die Zusammenarbeit in der vergangenen Zeit sagen. Meines Erachtens war es immer wichtig, dass in außen- und europapolitischen Fragen ein Konsens erreicht wurde, der so weit wie nur möglich ging. Antieuropäer einzubinden ist natürlich schwierig, aber der Rest konnte sich in sehr vielen wichtigen Punkten zusammenfinden. Das war keine Selbstverständlichkeit. Ich sehe darin einen guten Hinweis darauf, dass Deutschland aus der **Kontinuität seiner Außenpolitik** die eigentliche Kraft schöpft.

(Dr. Peter Struck [SPD]: Ja!)

- (B) Diese Kontinuität war nie durchbrochen. Deswegen ist es wichtig, dies auch einmal festzustellen, und ich möchte dies auch mit einem Dank an den Außenminister verbinden.

Lieber Herr Außenminister, lieber Frank, ich glaube, es war eine gute Zusammenarbeit. Gerade im Europausschuss haben wir wirklich gut kooperiert. Die Vereinbarung zwischen Bundesregierung und Bundestag ist ein sichtbares Zeichen dafür. Die Kollegen in vielen anderen europäischen Ländern schauen immer auf Deutschland und sagen, so etwas hätten wir auch gern. Insofern kann man sagen: Wir haben damit ein Stück europäischer Geschichte geschrieben. Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte Ihnen auch für Ihre klare Stellungnahme nach den **Ereignissen im Iran** danken. Die vielen Toten dort sind schon erschütternd. Wahrscheinlich hat ein massiver Wahlbetrug stattgefunden. Ich fand es richtig, dass Sie den Botschafter einbestellt haben. Ich fand es richtig, dass die deutsche Bundesregierung nachgefragt und nachgehakt hat. Wir werden das Geschehen im Iran nicht von Europa aus verändern. Wenn sich jetzt Hunderttausende Menschen treffen und sagen: „Gebt uns unsere Stimme zurück“, dann kann ein verantwortliches Europa dazu beitragen, diesen Stimmen Gewicht zu verschaffen. Ich glaube, das ist die Position des ganzen Hauses. Es tut gut, dass wir alle gemeinsam an dieser Stelle Flagge zeigen.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte schließen mit einem Satz des wunderbaren Satirikers Karl Valentin, der vor etwa 100 Jahren gesagt hat: „Kunst ist schön, macht aber Arbeit.“ Ich glaube, das gilt auch für Europa. Europa ist schön, Europa ist wichtig, Europa macht Sinn; aber es macht auch eine Menge Arbeit. Wir sollten gemeinsam daran arbeiten. (C)

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Lieber Kollege Bodewig, zu der von Ihnen gerade hervorgehobenen Zusammenarbeit im Hause, auch über Fraktionsgrenzen hinweg, und der Bereitschaft zum Kompromiss als Voraussetzung für gemeinsame Entscheidungsbildung haben Sie selber in Ihrer parlamentarischen Arbeit ganz wesentlich beigetragen. Dazu möchte ich Ihnen heute auch im Namen des Hauses herzlich danken und Ihnen für Ihre Zukunft alles Gute wünschen.

(Beifall)

Nun erhält der Kollege Jürgen Trittin das Wort für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Jürgen Trittin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die letzte Europawahl hat erstaunliche Erkenntnisse offenbart. Um 18.15 Uhr am Wahlabend verkündete Horst Seehofer: „Die CSU ist wieder da!“ Dabei müssen Herrn Seehofer wirklich alle Maßstäbe verrutscht sein: Sie hatte gerade 8 Prozent Verlust eingefahren. (D)

(Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU]: Dass Sie sich so mit uns beschäftigen!)

Man denke einmal daran zurück, was der Maßstab von Franz Josef Strauß war: 50 Prozent plus X für die CSU. Dennoch freut sich Herr Seehofer heute, dass sie in Europa nicht zur außerparlamentarischen Opposition geworden ist. Ich sage Ihnen von der CSU: Sie hätten es verdient; denn Sie haben einen Wahlkampf geführt, der mit Europa gar nichts zu tun hatte; er hat sich nämlich nur darauf beschränkt, antitürkische Vorurteile zu schüren. Das ist die Wahrheit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU]: Sie reden wie der Blinde von der Farbe! Können Sie das Wort Bayern überhaupt buchstabieren? Sie können das Wort Bayern überhaupt nicht buchstabieren! Sie waren überhaupt nie in Bayern! Es will Sie da auch niemand!)

Was Ihre europäische Haltung angeht, sind Ihre Äußerungen, Herr Ramsauer, in meinen Augen nicht besser als manches, was da von Oskar Lafontaine kommt.

Wo wir schon über den **Europawahlkampf** sprechen, ist auch festzuhalten: Die CDU war nicht besser als die

Jürgen Trittin

- (A) CSU. Ich habe mit großem Interesse gesehen, dass die CDU in diesem Europawahlkampf vor allen Dingen die Bundeskanzlerin plakatiert hat. Ich habe dann auf dem Wahlzettel nachgeschaut: Sie stand da gar nicht drauf; sie stand nicht zur Wahl.

(Dr. Norbert Röttgen [CDU/CSU]: Gut, dass Sie nachgeguckt haben auf dem Wahlzettel! – Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

– Es freut mich, dass Sie das so aufregt. Wissen Sie, warum? Eine Tätigkeit im Europaparlament wäre für die Bundeskanzlerin im Herbst ja eine schöne Anschlussbeschäftigung gewesen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Was jedoch nicht geht, ist, sich nach der Wahl darüber zu ereifern, dass wir eine schlechte Wahlbeteiligung hatten, nachdem man ausschließlich mit nationalen Themen, mit nationalen Politikern Wahlkampf betrieben hatte und das, was man für Europa vorhat, nicht offenbart hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wenn Sie in diesem Wahlkampf ehrlich gewesen wären, dann hätten Sie Friedrich Merz plakatiert müssen. Wenn Sie das jedoch getan hätten, dann hätten CDU und CSU – das garantiere ich Ihnen – nicht 6,7 Prozent, sondern mehr als 10 Prozent verloren; denn niemand in Europa will nach dieser Finanzkrise, wie Herr Merz fordert, mehr Kapitalismus.

(B)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Volker Kauder [CDU/CSU]: Aber war „WUMS!“ ein tolles Thema für Europa? Rums! Bums! Wums!)

Das, was CDU/CSU und auch die SPD gemacht haben –

(Volker Kauder [CDU/CSU]: WUMS! WUMS!)

– Herr Kauder, ich schicke alle Ihre Zwischenrufe an unsere Agentur. Ich fürchte nur, dass sie dann mehr Geld verlangen wird, weil „WUMS!“ wirkt – zumindest bei der CDU/CSU.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Aber eine Politik, bei der man europäisch blinkt, aber in Wirklichkeit national abbiegt, also von Europa redet, aber im Kern nationale Politik macht, ist die falsche Antwort auf die europäische Situation. Wir brauchen ein **starkes Europa**. Entgegen Ihren Ausführungen, Herr Westerwelle, muss man klar sagen: Ein starkes Europa ist mehr als nur ein Binnenmarkt mit politischen Institutionen.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Das habe ich natürlich nicht gesagt!)

Es ist ein handlungsfähiges Europa, ein Europa, das europäisch gestalten kann. Gerade Europa ist die Antwort

auf die Herausforderung durch die derzeitige Wirtschafts- und Finanzkrise. (C)

Lieber Frank-Walter Steinmeier, normalerweise liegt eine **Regierungserklärung** am Abend vorher vor. Sie hat mich dieses Mal nicht erreicht, weil ich unterwegs war.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Mich auch nicht! Ich war allerdings nicht unterwegs!)

Ehrlich gesagt, war es aber nicht weiter schlimm, dass ich sie nicht bekommen habe. Ich habe nichts vermisst. Ich habe mich fast danach gesehnt, dass die Bundeskanzlerin diese Regierungserklärung abgibt, obwohl auch sie – zumindest was Regierungserklärungen betrifft – keine begnadete Rednerin ist.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Sie sind aber ein charmanter Kerl!)

Von einer Regierungserklärung hätte ich mir eine Antwort auf die Frage erhofft, wie wir mit der **Finanzkrise** umgehen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wie ist der Stand der Debatte über die Schließung von Steueroasen, lieber Frank-Walter Steinmeier? Werden sie geschlossen, oder stemmt sich Gordon Brown immer noch dagegen und hält seine Hand über diesen rechtsfreien Raum? Wie verhält es sich mit den Bürgschaften? Hat Herr Steinbrück endlich die Vergabe von Bürgschaften an Banken daran geknüpft, dass sie keine Geschäftsmodelle mehr in Steueroasen pflegen? Warum haben Sie an dieser Stelle immer noch nichts unternommen, indem Sie zum Beispiel Bürgschaften oder Kapitalbeteiligungen an deutschen Banken daran binden, dass diese aufhören, zur Steuerhinterziehung und zur Nutzung von Steueroasen anzustiften? Hier ist noch nichts passiert. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben den Aspekt, ob es eine **europäische Finanzaufsicht** geben wird, vorsichtig angesprochen. In einer Situation, in der Barack Obama in den USA den härtesten Gesetzentwurf zur Regulierung der Finanzmärkte vorlegt, lautet die offizielle Position der deutschen Bundesregierung: Sie will eine dreigeteilte europäische Finanzaufsicht,

(Volker Kauder [CDU/CSU]: WUMS!)

sie will jedoch auf keinen Fall, dass die Zuständigkeit für die Großbanken auf die europäische Ebene verlagert wird. Dieser Bereich soll weiterhin in die Zuständigkeit der nationalen Aufsichten fallen. Sie machen nichts anderes, als das System zu verfestigen, das uns in die Katastrophe, in das Desaster mit der Hypo Real Estate oder der DEPFA geführt hat. Das ist falsch. Das ist nicht europäisch. Das ist national borniert.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So blockiert der Finanzminister eine Richtlinie über internationale bzw. europäische **Stresstests für europäische Großbanken**. Man muss sich an dieser Stelle einmal die Dimensionen klarmachen. Die Mitgliedstaaten

Jürgen Trittin

- (A) der Europäischen Union haben mittlerweile Risiken in Höhe von 3 700 Milliarden Euro verbürgt. Diese Summe entspricht 30 Prozent des Bruttoinlandsproduktes der Europäischen Union. In einer solchen Situation spricht sich nun die Bundesregierung gegen Stresstests für europäische Banken aus. Das ist verantwortungslos; das ist das Letzte. Man hätte mehr aus dieser Krise lernen sollen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege Trittin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kauder?

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: „WUMS!“ kommt jetzt! – Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Er fragt nach „WUMS!“!)

Volker Kauder (CDU/CSU):

Herr Kollege Trittin, ich stimme Ihnen zu, dass wir eine Finanzmarktaufsicht brauchen. Die Koalition ist deshalb auch dabei, zu prüfen, welche Möglichkeit die beste ist.

Sie haben jetzt in besonderer Weise den Vorschlag von Präsident Obama gelobt. Auch wir von der Unionsfraktion wollen, dass die Bundesbank stärker in die Aufsicht eingebunden wird. Aber es gibt da einen Unterschied: Wollen Sie wirklich das von Obama vorgeschlagene System, nämlich die Aufsicht durch eine von der Regierung kontrollierte Bank, oder sind Sie mit uns der Meinung, dass eine unabhängige Bank für die Kontrolle besser geeignet wäre? Ich warne jedenfalls davor, den Vorschlag von Obama auf unser Land zu übertragen und so zu tun, als ob wir dieses Modell nachbilden sollten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Jürgen Trittin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Lieber Herr Kollege Kauder, zunächst einmal muss man feststellen: Der Vorschlag von Barack Obama läuft darauf hinaus, den gesamten amerikanischen Bankensektor zu regulieren. Jetzt kann man darüber streiten, wie groß die Unabhängigkeit der Zentralbank sein soll. Dazu gibt es in Ihrer Fraktion – ich erinnere an die letzte Rede von Frau Merkel zu diesem Thema – interessante Positionen, die nicht widerspruchsfrei sind. Entscheidend ist, dass es für diesen Markt eine Regulierung aus einer Hand gibt.

Ich habe davon gesprochen, dass es die Position der Bundesregierung ist, auf dem europäischen Binnenmarkt eine Regulierung zu implementieren, die zwischen Banken, Finanzdienstleistern und Versicherungen unterscheidet. Dabei sollen europäische Unternehmen nicht der europäischen Aufsicht, sondern der jeweiligen nationalen Aufsicht unterstellt werden. Das ist der Unterschied zu dem Vorschlag aus den USA. Es geht nicht darum, welches Maß an Unabhängigkeit die Zentralbank hat, sondern darum, dass wir eine Regulierung für einen Markt aus einer Hand haben.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Nein!)

(C)

Genau das blockieren Sie. Das ist nicht im Interesse der Steuerzahler und nicht im Interesse Europas.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Volker Kauder [CDU/CSU]: Sie haben ja keine Ahnung, Herr Trittin!)

Wenn wir schon bei den Unterschieden zu den USA sind, Herr Kauder, will ich noch weitere Unterschiede an dieser Stelle anführen. Wir brauchen eine **koordinierte europäische Wirtschaftspolitik**. Diese Koordination wird zurzeit ausgerechnet von der größten Wirtschaftsmacht Europas, der Bundesrepublik Deutschland, blockiert. Sie haben sich allen Ansätzen, eine europäische Antwort auf die Krise zu geben, hier im Hause und im Europäischen Rat systematisch widersetzt.

Ich kann Ihnen das an vielen Beispielen erläutern. Vielleicht wird das am Beispiel **Klimaschutz**, der schon angesprochen wurde, am deutlichsten. Frau Merkel, Sie haben gesagt: Mit mir wird es keine Klimaschutzbeschlüsse geben, die in Deutschland Arbeitsplätze oder Investitionen gefährden. – Liebe Frau Bundeskanzlerin, gefährden niedrigere Verbrauchsstandards für Autos Arbeitsplätze oder verbessern sie nicht vielmehr die Wettbewerbsfähigkeit unserer Automobilindustrie auf den Märkten von morgen? Wer gefährdet denn Arbeitsplätze – Sie oder diejenigen, die für moderne Fahrzeuge eintreten?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie, Frau Merkel und Herr Gabriel, haben beim **Emis-shionshandel** fast die gesamte Industrie mit Ausnahme des Kraftwerksbereichs vom Klimaschutz ausgenommen. Was haben Sie damit erreicht? Sie haben damit den Republikanern im US-Senat eine Entschuldigung geliefert; denn diese versuchen heute mit Verweis auf dieses Beispiel, die Klimapläne von Barack Obama zu blockieren. Das ist keine Vorreiterpolitik. Sie haben aus Deutschland einen Bremsen beim Klimaschutz gemacht. Das ist die Wahrheit.

(D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schauen Sie sich einmal an, wie die Antwort auf die Krise in anderen Ländern aussieht: China investiert in den **Ausbau des Schienenverkehrs** Beträge in einer Größenordnung, die exakt dem Volumen des dritten Konjunkturprogramms der Bundesregierung entsprechen. Sie haben deutschen Kommunen verboten, im Rahmen des Konjunkturprogramms auch nur einen Euro in den schienenengebundenen Nahverkehr zu stecken. Das ist der Unterschied.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Michael Roth [Heringen] [SPD]: Och Jürgen!)

Andere Länder haben von uns gelernt. Sie aber gehen jetzt einen Schritt zurück, was Investitionen in diesem Bereich angeht.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Ist die Lage in China vielleicht doch etwas schwächer?)

Jürgen Trittin

- (A) Ich kann die Reihe der Beispiele fortsetzen. Gehen wir einmal von China weg und schauen in die USA, lieber Herr Kollege Westerwelle.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Ist ja eine Weltreise, Herr Kollege!)

Die USA investieren zehnmal so viel gegen die Krise wie die Bundesrepublik Deutschland. Die USA wollen in den nächsten Jahren 5 Millionen neue grüne Jobs schaffen, so die amerikanische Regierung. Sie wollen bis zum Jahre 2020 1 Million Elektrofahrzeuge auf den Markt bringen. Aber was passiert in Deutschland? Wir organisieren den Ausverkauf von veralteter Technologie über eine Abwrackprämie.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Michael Roth [Heringen] [SPD]: Das ist doch Quatsch!)

Das Problem ist, dass Sie nicht vernünftig aufgestellt sind, um gegen die Krise anzugehen. Sie konzentrieren sich vielmehr darauf – wenn auch mit einem kleinen Schlenker; erst gestern haben Sie die Kurve bekommen –, Herrn Barroso durchzusetzen.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege Trittin, auch Sie müssten jetzt die Kurve bekommen.

Jürgen Trittin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

- (B) Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. – Ich will Ihnen noch eines sagen: Ich halte **José Manuel Barroso** für dieses Amt nicht für geeignet. Er hat bisher nicht nur alle Initiativen zur Regulierung von Hedgefonds und zur Regulierung des europäischen Finanzmarktes massiv blockiert; er hat auch jahrelang selbst bescheidenste Fortschritte im Klimaschutz blockiert. Wenn CDU/CSU und SPD nun versuchen, diesen Kandidaten, wenn auch über einen Umweg, noch einmal durchzubringen, dann kündige ich an, dass wir Ihnen das nicht durchgehen lassen. Es kann doch nicht sein, dass eine in Insolvenz befindliche Koalition auf den letzten Metern noch Tatsachen schafft.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich erteile das Wort dem Kollegen Michael Stübgen, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Michael Stübgen (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir befinden uns am Beginn eines wichtigen Europäischen Rates, von dessen Entscheidungen viel für die Zukunft Europas abhängen wird.

(Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der entscheidet doch gar nichts!)

Zudem – das ist in dieser Debatte schon mehrfach aufgetaucht – befinden wir uns wenige Tage nach der Neu-

wahl des Europäischen Parlamentes. Nach solch einer Wahl, Herr Kollege Trittin, kann man sicherlich unterschiedliche Auffassungen über die Wahlkampagnen der einzelnen Parteien haben. (C)

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich habe über die Ergebnisse geredet!)

Ihre „WUMS!“-Kampagne war ja wenigstens noch witzig. Ob sie der Bedeutung Europas angemessen war, das würde ich allerdings in Zweifel ziehen. Hinzufügen möchte ich, dass ich die Kampagne der SPD nicht einmal für witzig hielt; aber das Wahlergebnis zeigt ja auch, dass Sie wohl noch lernen müssen, es in Zukunft anders und besser zu machen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Entscheidend ist aber das Ergebnis der Europawahl. Ein Eingehen darauf habe ich auch bei den Aussagen des Bundesaußenministers vermisst.

(Michael Roth [Heringen] [SPD]: Was Sie alles vermisst haben!)

Deswegen will ich noch einmal darauf zu sprechen kommen. Das Ergebnis der Europawahl ist, dass die **Europäische Volkspartei** diese Wahl gewonnen hat, und zwar eindeutig. Die Europäische Volkspartei stellt 264 Abgeordnete im Europäischen Parlament, über 100 Abgeordnete mehr als die sozialistische Fraktion. Sie dürfen mir nicht übel nehmen, dass ich mich über dieses Ergebnis freue.

(Beifall bei der CDU/CSU – Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das lag nicht an den deutschen Konservativen! – Michael Roth [Heringen] [SPD]: Habt ihr die Antieuropäer dazugenommen?) (D)

Im Übrigen hat es solch einen großen Abstand seit der ersten Direktwahl 1979 noch nicht gegeben, und das ist schon ein Weilchen her.

Wenn mit diesem Wahlergebnis die Bürger Europas entschieden haben, dass die Konservativen – also die Europäische Volkspartei – die Mehrheit im Europäischen Parlament bilden, ist es doch völlig selbstverständlich, dass die EVP einen konservativen Kommissionspräsidenten fordert und sagt, sie will **Manuel Barroso** unterstützen.

(Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das sagt die Regierung, nicht das Parlament!)

Ob Ihnen das gefällt oder nicht, Herr Trittin: Die Menschen in Europa haben das entschieden. Wir haben nichts heimlich gemacht. Die EVP hat schon vor einem halben Jahr Herrn Barroso als Kommissionspräsidentenanwärter für den Fall nominiert, dass sie die Wahl gewinnt. Deswegen denke ich, dass die Zielrichtung der Europäischen Volkspartei richtig ist.

(Kurt Bodewig [SPD]: Das ist doch absoluter Quatsch!)

Wir müssen aber Folgendes bedenken: Das Europäische Parlament hat sich noch nicht konstituiert; das wird

Michael Stübgen

- (A) erst am 14. Juli geschehen. Die Wahl des Kommissionspräsidenten sollte in engem Schulterschluss mit dem Europäischen Parlament erfolgen. Die Mehrheitsfindung wird schwierig sein; deshalb brauchen wir Zeit. Außerdem müssen wir bedenken, dass wir uns nicht zwischen nichts und nirgends, sondern zwischen Nizza und Lissabon befinden. Der Nizza-Vertrag sieht andere Regelungen für die Inthronisierung der neuen Kommission vor als der Lissabon-Vertrag. Deshalb sind drei Dinge zu bedenken; ich glaube, wir und der Europäische Rat sind da auf dem richtigen Weg.

Erstens. Ich halte es für richtig, dass der Europäische Rat plant, morgen ein klares politisches Signal für Barroso als Kommissionspräsidenten abzugeben. Herr Kollege Westerwelle, ich kann auch Ihrer Unwissenheit abhelfen: Die Bundesregierung unterstützt einmütig Herrn Barroso als Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Könnten wir das auch mal von der Bundesregierung erfahren? Sind Sie Mitglied der Bundesregierung?)

– Nein, aber ich kann Ihnen das sagen, weil ich das weiß. Auch Sie werden das in den nächsten Stunden erfahren, wenn der Europäische Rat votiert.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Was ihr so alles wisst! – Michael Roth [Heringen] [SPD]: Also ich weiß das nicht, Herr Westerwelle! – Dr. Angelica Schwall-Düren [SPD]: Dafür müssen Sie erst einmal eine Mehrheit haben!)

- (B) Zweitens. Wir müssen dem Europäischen Parlament Zeit geben, sich mit den Plänen von Herrn Barroso als Kommissionspräsidenten auseinanderzusetzen.

Drittens müssen wir es schaffen, dass die neue Kommission, wenn unser Plan aufgeht und im Oktober bzw. spätestens im November der Lissabon-Vertrag in Kraft treten kann, nach den besseren, demokratischeren Maßregeln des Lissabon-Vertrags eingesetzt wird.

Ich denke, die Vorarbeiten, die der Europäische Rat heute und morgen hierfür leisten will, sind richtig. Für den Rest brauchen wir einfach noch Zeit. Zudem müssen zuvor noch ein paar wichtige Entscheidungen getroffen werden.

Es ist schon viel über die Notwendigkeit der **Bekämpfung der Finanz- und Wirtschaftskrise** gesagt worden. Das, was für den Europäischen Rat vorbereitet wurde, ist grundsätzlich richtig. Ich will in der mir verbleibenden Zeit auf das eingehen, wovon ich meine, dass es für Europa nicht notwendig ist.

Es geht um Folgendes: Die Europäische Kommission unter Barroso wollte schon auf dem letzten Europäischen Rat im Dezember ein eigenes **Konjunkturprogramm** in Höhe von 5 Milliarden Euro auflegen. Man stelle sich vor: 5 Milliarden Euro für 27 EU-Mitgliedstaaten, für fast 500 Millionen Menschen. Da ist schon der Name ein Etikettenschwindel. Nun soll es ein neues Konjunkturprogramm in Höhe von 19 Milliarden Euro geben, wie aus einer Mitteilung der Europäischen Kommission vom 3. Juni dieses Jahres hervorgeht. Was in

dieser Mitteilung steht, klingt zunächst alles sehr gut: Es soll Menschen, die ihren Arbeitsplatz verlieren, geholfen werden, sie in Qualifizierungsmaßnahmen einzugliedern. Es soll eine neue EU-Kreditfazilität eingeführt werden usw. (C)

Der Gipfel ist nun aber: Herr Spidla hat noch vor zwei Tagen auf einer Pressekonferenz erklärt, dies alles solle keinen zusätzlichen Cent kosten. Solche Märchenstunden sollte uns, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Europäische Kommission eigentlich für immer ersparen. Natürlich stimmt es nicht, wenn man es sich genau anschaut, dass dieses Programm nichts kostet. Ziel ist im Kern, dass die Auszahlung der **Mittel für den Europäischen Sozialfonds**, die für die nächsten sieben bis acht Jahre vorgesehen war, in den nächsten zwei Jahren durchgeführt werden soll. Dafür soll die wichtige disziplinierende Wirkung der Kofinanzierung aufgehoben werden. Das alles mag noch gehen; man muss jedoch sehen: Im Ergebnis wird es in Europa eine Förderung nach dem Gießkannenprinzip geben. Meine Frage ist aber: Was machen wir, wenn wir alle ESF-Mittel, deren Auszahlung für die nächsten sieben bzw. acht Jahre vorgesehen war, in den nächsten zwei Jahren ausgeben, nach 2011? Es kann sich doch keiner ernsthaft vorstellen, dass es ab 2011 keinen Europäischen Sozialfonds mehr gibt und dass es nach 2011 die Notwendigkeit einer europäischen Sozialpolitik und entsprechender Fördermaßnahmen nicht mehr gibt.

Deshalb begrüße ich, dass die Bundesregierung diesen Plan der Europäischen Kommission auf dem letzten Sozialministerrat abgelehnt hat und Bundeskanzlerin Angela Merkel angekündigt hat, auf dem Europäischen Rat Widerstand gegen dieses Programm vorzutragen. (D)

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Der Kollege Michael Roth ist der nächste Redner für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD – Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Michael, begründe mal, warum ihr für Barroso seid! – Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Der sagt jetzt auch etwas zu Barroso!)

Michael Roth (Heringen) (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die dramatisch niedrige **Wahlbeteiligung** bei den Europawahlen muss jede engagierte Europäerin und jeden engagierten Europäer entsetzen. Wir sollten deshalb nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Ich begrüße es deshalb, dass einige Kolleginnen und Kollegen heute Morgen darauf Bezug genommen haben. Wir müssen uns im Deutschen Bundestag schon fragen: Was hat das möglicherweise mit unserer politischen Arbeit in Berlin, im Bundestag zu tun? Wie können wir dazu beitragen – das lässt sich in keiner Wahlkampagne, die fünf Wochen währt, erledigen –, dass mehr Bürgerinnen und Bürger

Michael Roth (Heringen)

- (A) bereit sind, sich an den wichtigen Wahlen zum Europäischen Parlament zu beteiligen, um damit die demokratische Legitimation des europäischen Integrationsprojektes zu erhöhen?

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege Roth, der Kollege Trittin würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

(Ute Kumpf [SPD]: Der Kollege hat ja ein unheimlich großes Redebedürfnis!)

Michael Roth (Heringen) (SPD):

Jetzt schon? – Gut, bitte.

Jürgen Trittin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Lieber Kollege Roth, können Sie die Aussagen von Herrn Stübgen bestätigen, dass auch mit der Fraktion der Sozialdemokraten abgestimmt worden ist, dass Sie die neue Präsidentschaft von José Manuel Barroso unterstützen, und wie vereinbaren Sie, wenn es zutrifft, was Herr Stübgen sagt, dies mit den noch heute Morgen getätigten Äußerungen Ihres Spitzenkandidaten für die Europawahl, Herrn Schulz, in denen er Herrn Barroso nachdrücklich abgelehnt hat? Warum unterstützen deutsche Sozialdemokraten im Bundestag über die Koalition Herrn Barroso, während deutsche Sozialdemokraten im Europäischen Parlament gegen ihn sind?

(B)

Michael Roth (Heringen) (SPD):

Lieber Herr Kollege Trittin, ich werde nicht den Fehler einiger Kolleginnen und Kollegen machen, hier das Amt des Regierungssprechers zu übernehmen. Ich kann Ihnen gerne sagen, was meine Fraktion und ich für richtig halten. Herr Kollege, ich nehme Ihre Frage gerne zum Anlass, dazu etwas zu sagen, weil die vorbereiteten Aspekte der „Kreation“ des Kommissionspräsidenten etwas damit zu tun haben könnten, warum Bürgerinnen und Bürger nicht in notwendigem Maße bereit waren, sich an den Wahlen zum Europäischen Parlament zu beteiligen. Dazu gehört für mich, dass wir endlich einmal für eine stärkere Übereinstimmung zwischen den Sonntagsreden und unserem konkreten Handeln von Montag bis Freitag sorgen.

(Beifall bei der SPD – Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Und das heißt?)

– Ich werde Ihnen gleich sagen, was das heißt, Herr Westerwelle.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Sagen Sie es Herrn Trittin! Er hat gefragt! Ich war es nicht!)

Ich möchte das ein wenig einleiten. Das heißt für mich, dass der Geist des Vertrages von Lissabon schon jetzt gilt, auch wenn der Vertrag von Lissabon noch nicht in Kraft getreten ist.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb kritisiert meine Fraktion es, dass sich Regierungschefs, Staatschefs, offensichtlich auch einige Mandatsträgerinnen und Mandatsträger

(C)

(Dr. Andreas Schockenhoff [CDU/CSU]: Außenminister!)

vor den Wahlen zum Europäischen Parlament auf Herrn Barroso verständigt haben. Im Vertrag von Lissabon steht, dass die **Nominierung des Kommissionspräsidenten** im Lichte der Wahlen zum Europäischen Parlament erfolgt. Deswegen verdient diese Wahl Respekt. Deswegen wäre es besser gewesen, wenn sich alle vor den Wahlen zum Europäischen Parlament zurückgehalten hätten.

(Beifall bei der SPD)

Meine Fraktion ist der Auffassung, dass wir jetzt eine kraftvolle, dynamische Persönlichkeit an der Spitze der Kommission brauchen. Deswegen können wir den Vorschlag, der immer wieder gemacht wurde, nicht unterstützen. Darüber entscheidet aber nicht die SPD-Bundestagsfraktion, auch nicht die Fraktion der CDU/CSU, sondern andere. Darüber entscheidet vor allem das Europäische Parlament und nicht wir.

(Beifall bei der SPD – Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nur der Spitzenkandidat der SPD, der entscheidet das!)

Das Europäische Parlament bestätigt den Kommissionspräsidenten. Mein Vertrauen in die Kolleginnen und Kollegen der meisten Fraktionen im Europäischen Parlament ist so groß, dass ich davon überzeugt bin, dass sie die Wahl sicher etwas schwerer und ambitionierter machen werden, als dies jetzt schon den Anschein hat.

(D)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nun möchte Ihnen auch der Kollege Westerwelle eine Zwischenfrage stellen. Erfahrungsgemäß ist der Redner für die Verlängerung der Redezeit immer dankbar. Ich möchte nur daran erinnern, dass wir mit Blick auf die heutige, sehr ehrgeizige Tagesordnung auch eine Vereinbarung über die Gesamtdauer dieser Debatte getroffen haben, an der wir uns gelegentlich orientieren sollten.

Michael Roth (Heringen) (SPD):

Gut. – Bitte schön.

Dr. Guido Westerwelle (FDP):

Aber, Herr Präsident, es geht doch um Europa.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Drum!

(Heiterkeit)

Dr. Guido Westerwelle (FDP):

Das war eine – es fällt mir wirklich schwer, das zu sagen – sehr kluge Frage von Herrn Trittin; das ist mir richtig unangenehm.

(Heiterkeit beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben minutenlang darauf geantwortet.

(A) **Michael Roth** (Heringen) (SPD):
Das war doch nicht schlecht, was ich gesagt habe.

Dr. Guido Westerwelle (FDP):

Wenn Sie selbst davon überzeugt sind, so ist es wenigstens einer in diesem Hause.

(Heiterkeit bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Michael Roth (Heringen) (SPD):
Zu Ihnen komme ich gleich noch!

Dr. Guido Westerwelle (FDP):

Ja, natürlich. Wir fürchten uns auch schon.

Herr Kollege, ich hätte die Frage von Ihnen gerne beantwortet bekommen. Herr Trittin hat doch eine sehr einfache Frage gestellt:

(Dr. Angelica Schwall-Düren [SPD]: Er hat sie doch beantwortet!)

Unterstützt die SPD-Bundestagsfraktion die Wiederwahl von Herrn Barroso zum Präsidenten, ja oder nein, und hat der Bundesaußenminister die Unterstützung der SPD-Bundestagsfraktion, wenn er in den nächsten beiden Tagen gemeinsam mit der Bundesregierung für die Wiederwahl von Herrn Barroso eintritt? Ich darf darauf aufmerksam machen, dass wir keine lyrische Europadebatte abhalten, sondern auf eine Regierungserklärung antworten, in der uns berichtet wurde, was in den nächsten beiden Tagen entschieden wird.

(B)

Michael Roth (Heringen) (SPD):

Im Hinblick auf die mahnenden Worte des Bundestagspräsidenten sage ich: Ja, die SPD-Bundestagsfraktion lehnt diesen Vorschlag ab. Ansonsten loben, ehren und preisen wir unseren Außenminister, weil er eine exzellente Arbeit leistet.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD:
Sehr wahr! – Jochen-Konrad Fromme [CDU/
CSU]: Und tschüs!)

Ich weiß nicht, was das für ein Verständnis von Parlamentarismus ist, wenn Abgeordnete einen Abgeordneten fragen, was die Bundeskanzlerin, die auf dem Europäischen Rat offensichtlich das entscheidende Wort hat, dort sagen und tun wird. Das finde ich etwas merkwürdig. Nicht nur ich, sondern auch andere Kolleginnen und Kollegen der SPD-Bundestagsfraktion haben in den vergangenen Stunden und Tagen das Entsprechende dazu gesagt.

Lieber Herr Kollege Westerwelle, da Sie den Bundestagspräsidenten heute ermahnt und darauf hingewiesen haben, dass es sich um eine wichtige Europadebatte handelt, muss ich Ihnen sagen: Diese Aussage passt nicht zu dem inhaltsleeren Beitrag, den Sie vorher in der Debatte geleistet haben. Wenn die einzigen mahnenden Worte, die Ihnen zu Europa einfallen, das Thema Glühbirnen betreffen, dann ist das ein sehr kleines Karo. Zu den

wegweisenden Entscheidungen, die die Europäische Union zu treffen hat, passt das überhaupt nicht. (C)

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ihre Rede war der Beitrag eines Wünsch-dir-was-Außenministers und nicht besonders ambitioniert. Aber das müssen Sie und Ihre Fraktion natürlich selbst entscheiden.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Das schaffen wir!)

Das gebietet der Respekt.

Ich erlaube mir noch einige Bemerkungen zu dem, was ich gerade unter dem Stichwort „Sonntagsreden“ beschrieben habe: Wie ich bereits deutlich gemacht habe, hielt ich es für falsch, dass sich einige Staats- und Regierungschefs schon vor der Europawahl auf Herrn Barroso festgelegt haben. Ich finde es auch problematisch, dass manche Staats- und Regierungschefs meinen, sie könnten bei irgendwelchen Kaffeegesprächen oder Abendessen über **Ressortzuschnitte und die Zuständigkeiten der Europäischen Kommission** verhandeln. Im Vertrag von Lissabon heißt es ganz eindeutig: Für die Ressortzuschnitte und die Verteilung der Zuständigkeiten ist der Kommissionspräsident zuständig.

Darauf mache ich deshalb aufmerksam, weil wir alle mit Ausnahme der Linken engagiert für den Vertrag von Lissabon gestritten haben und für ihn eintreten. Ich hoffe, dass es uns gelingt, diese Regelung zu respektieren und das, was wir in unseren Reden immer wieder bekundet haben, mit konkreten Inhalten zu füllen. Der Vertrag von Lissabon bringt uns voran. Allerdings dürfen wir uns nicht nur ein paar Punkte, die uns im Tagesgeschehen passen, herausuchen. Vielmehr müssen wir dafür eintreten, dass das Europäische Parlament im Hinblick auf die Zusammensetzung und Bestellung der Europäischen Kommission gestärkt wird und dass der Kommissionspräsident über die Ressortzuständigkeiten entscheidet. (D)

Zur **Europawahl**. Im Zusammenhang mit der Wahlbeteiligung und dem Wahlergebnis besorgt mich der Zuwachs, den extremistische, nationalistische und populistische Kräfte und Parteien in der Europäischen Union erzielt haben. Das sollte jeden Demokraten und jeden engagierten Europäer beunruhigen,

(Beifall bei der SPD)

weil es um zentrale Grundwerte der Europäischen Union geht: um Toleranz, Freiheit, Solidarität und Rechtsstaatlichkeit.

Blicken wir einmal zurück: Es gab schon einmal eine Phase, in der junge Demokratien dem vereinten Europa beigetreten sind, nämlich Spanien, Griechenland und Portugal. Diese Länder sind durch ihren Beitritt zur damaligen Europäischen Gemeinschaft stabilisiert worden, ihre Demokratien wurden gefestigt, und die Rechtsstaatlichkeit konnte ausgebaut werden. Mich beunruhigen aber nicht nur die Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa, sondern auch die Wahlergebnisse in den Niederlan-

Michael Roth (Heringen)

- (A) den, wo rechtsextremistische und populistische Kräfte massive Zuwächse erzielt haben.

Offen antisemitische Kräfte – nicht nur in Ungarn, sondern auch in anderen Staaten – und offen rechtsextremistische Kräfte haben Zuwächse erzielt und sind in Zukunft mit mehreren Abgeordneten im Europäischen Parlament vertreten. Dazu dürfen wir nicht schweigen. Vielmehr müssen wir deutlich machen: Das ist mit den Grundwerten der Europäischen Union nie und nimmer in Übereinstimmung zu bringen. An dieser Stelle brauchen wir die Solidarität aller Demokraten in Europa.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Dr. Diether Dehm [DIE LINKE])

Vor diesem Hintergrund frage ich den ansonsten von mir geschätzten Kollegen Michael Stübgen, wie er zu den Zahlen, die er genannt hat, gekommen ist. Ich weiß nicht, ob Sie stolz darauf sind, die Fini- und Berlusconi-Truppe zur EVP-Fraktion zu zählen. Wenn ich Ihre Zählweise richtig verstanden habe, haben Sie diese populistischen Kräfte aber zu Ihrer Fraktion im Europäischen Parlament gezählt.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Sehr wahr!)

Nur so konnten Sie zu dem Ergebnis kommen, auf das Sie gerade sehr stolz hingewiesen haben.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Sehr wahr!)

Jeder sollte erst einmal vor der eigenen Haustür kehren.

- (B) Lassen Sie mich zum Schluss noch einen Aspekt erwähnen, den ich im Hinblick auf den Weg, den die Europäische Union zukünftig einschlagen sollte, für wesentlich erachte. Wir brauchen in der Europäischen Union **neue kraftvolle Projekte**, die diesem Integrationswerk Dynamik und Richtung weisen. Die Kolleginnen und Kollegen, die heute Morgen auf die USA hingewiesen haben, haben recht. Die USA sind inzwischen sowohl beim Klimaschutz als auch bei der Regulierung der Finanzmärkte offensichtlich viel ambitionierter, als wir es noch vor zwei oder drei Jahren für möglich gehalten hätten.

Was die **wirtschaftliche Dynamik** anbelangt, muss man feststellen: Es gibt auf der Welt manche Regionen und Länder, zum Beispiel China – ich will China allerdings nicht als Vorbild anführen –, die ein Tempo vorlegen, bei dem wir uns fragen müssen: Sind wir noch die dynamischste, wettbewerbsfähigste, ambitionierteste und kreativste Region der Welt? Oder müssen wir nicht möglicherweise neue Projekte auf den Weg bringen oder darüber nachdenken, die Projekte, die wir unter der deutschen Ratspräsidentschaft dankenswerterweise – das ist auch Frank-Walter Steinmeier zu verdanken – auf den Weg gebracht haben, zum Beispiel im Klimaschutz, weiterhin mit großer Ernsthaftigkeit zu verfolgen?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Diejenigen in diesem Hohen Hause, die argumentieren, Europa sei mitunter sehr beschwerlich und koste auch Geld, sollten sich bei jeder nationalen Option, die

man ins Spiel bringt, fragen lassen müssen, ob eine rein nationale Option langfristig gesehen für Deutschland besser, kostengünstiger, demokratischer und erfolgreicher ist. Ich bin mir hundertprozentig sicher: Wenn wir diese kritische Prüfung vornehmen, werden wir feststellen, dass jeder finanzielle und politische Aufwand lohnt, die europäische Karte und nicht die nationale Karte zu spielen. Das liegt im deutschen und im europäischen Interesse.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich erteile das Wort dem Kollegen Eduard Lintner, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Eduard Lintner (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass ich meine vermutlich letzte Rede im Deutschen Bundestag zum Thema Europäische Union halten kann.

Diese Freude resultiert aus der gerade in letzter Zeit immer wieder gemachten Erfahrung, dass die Europäische Union in vielen Teilen der Welt, vor allem bei den Völkern in unserer engeren und weiteren Nachbarschaft – praktisch von Island bis Zentralasien – als ein überaus attraktives Gebilde wahrgenommen wird. Sie steht für breit verteilten Wohlstand, überdurchschnittliche soziale Sicherheit, echte Demokratie, verlässliche Gewährleistung von Rechtsstaatlichkeit und die Geltung der Menschenrechte. Das Beispiel der EU lässt die Menschen in diesen Ländern auf **persönliche Entfaltungsfreiheit und faire Chancenverteilung** hoffen.

Nicht immer – das wissen wir – entsprechen diese Erwartungen der Realität bei uns. Außerdem sind sie diffus. Sie mobilisieren aber ungeheuer stark Sympathie und Dynamik in Richtung demokratisches Europa und mobilisieren so viele Menschen für das Ziel, Anschluss an dieses Europa zu finden.

Meine Damen und Herren, wir müssen uns dieser Wirkung bewusst sein und bei unserem Tun in der EU und in Deutschland bedenken, dass wir solche Hoffnungen nicht enttäuschen dürfen, weil dann die Reaktionen Frustration und brüske Abwendung wären.

Das bedeutet aber auch, dass mit jedem europäischen Gipfel – so auch mit dem jetzt bevorstehenden – von vielen Völkern große Erwartungen und Hoffnungen verbunden werden, denen unsere Politik im Rahmen des Möglichen gerecht werden muss. Das ist eine gewaltige Verantwortung, die auf den Schultern der beteiligten Regierungschefs ruht.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich mich bei der Bundesregierung, allen voran bei der Bundeskanzlerin, dafür bedanken, dass sie stets eine führende Rolle bei der Gestaltung dieses Europas gespielt hat und das in Zukunft sicher weiter tun wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Eduard Lintner

- (A) Solcher Verantwortung und Erwartungshaltung kann man nur gerecht werden, wenn die EU sich selbst in einer Verfassung befindet, die es ihr erlaubt, sich auf diese Ziele zu konzentrieren, und man nicht gezwungen ist, sich mit aller Kraft dem Innenleben der EU zu widmen.

In einer solchen Situation befinden wir uns derzeit. Der **Vertrag von Lissabon** hängt seit langer Zeit in der Schwebe. Der Ratifikationsprozess muss alsbald erfolgreich zu Ende gebracht werden,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

weil die mit dem Vertragswerk verbundenen Reformen Voraussetzung dafür sind, dass die notwendige Arbeits- und Entscheidungsfähigkeit gegeben ist, und die ganz in unserem Sinne liegende substanzielle Mitsprache des Europäischen Parlaments stärken.

Meine Damen und Herren, es ist daher zu wünschen, dass es beim bevorstehenden Gipfel gelingt, den Vertrag von Lissabon voranzubringen, die richtigen personellen Weichenstellungen vorzunehmen, Vorreiter für den Klimaschutz und die Neuordnung der Finanzmärkte zu sein, die eingegangenen strategischen Partnerschaften und Nachbarschaftspolitiken dynamisch und erfolgreich zu gestalten, die Visumsregelungen entgegenkommend anzuwenden,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

den Demokratisierungsprozess in Gang zu halten und voranzubringen sowie die wirtschaftliche Kooperation eng und für alle Beteiligten vorteilhaft zu gestalten.

- (B) Die Fähigkeit dazu hat die EU, wie die Erfolge bei der Integration der neuen Mitgliedstaaten zeigen. Im Interesse unserer eigenen Zukunft wünsche ich, dass die Verantwortlichen in der EU auch beim kommenden Gipfel und darüber hinaus die Fähigkeit haben, weiterhin der Motor zu sein und die richtigen Wege zu finden.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun der Kollege Gert Weisskirchen, SPD-Fraktion.

Gert Weisskirchen (Wiesloch) (SPD):

Herr Präsident! Wenn ich darf, möchte ich heute gerne Glückwünsche überbringen an **Jürgen Habermas**, der heute seinen 80. Geburtstag feiert. Ich hoffe, dass alle in diesem Hause erkennen, welche große, historische Rolle dieser Philosoph nicht nur in Deutschland als Inspirator europäischen Denkens gespielt hat und noch spielt.

Der kanadische Philosoph Charles Taylor hat, wie man heute in der *Süddeutschen Zeitung* lesen kann, eine wunderbare Laudatio auf Jürgen Habermas geschrieben:

Er ist eine Inspiration für uns alle.

In den 50 Jahren seiner wissenschaftlichen Arbeit hat Habermas für das gestanden und gelebt, was Thomas

Mann gesagt hat, als er zurückkam aus dem Land, in das er vor Nazideutschland, vor Hitler hat fliehen müssen. Thomas Mann hat sich gewünscht, dass Deutschland nicht, wie die Nazis es wollten, versucht, Europa zu überwältigen, sondern dass Deutschland in Europa eine aktive Rolle übernimmt. Es geht nicht darum, ein deutsches Europa zu schaffen, sondern ein **europäisches Deutschland**. Das hat Thomas Mann gesagt.

Jürgen Habermas lebt das.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

In seinem wunderbaren Buch „Ach, Europa“, das letztes Jahr erschienen ist, hat Habermas genau beschrieben, was den inneren Kern des europäischen Projekts ausmacht, nämlich die internationalen Beziehungen in rechtliche Beziehungen zu verwandeln. Nicht mehr das Recht des Stärkeren soll sich durchsetzen, sondern die Stärke des Rechts. Dabei nimmt Habermas – wie kann es in diesem Zusammenhang anders sein? – den Grundgedanken von Immanuel Kant neu auf – und er führt ihn weiter aus –, dass aus einem Recht des Staates ein Weltbürgerrecht werden muss, das allen Menschen als Weltbürgern zusteht.

Mein lieber Kollege Kampeter, wenn Sie den Lissabon-Vertrag lesen, finden Sie genau diesen Grundgedanken, der von Immanuel Kant schon vor mehr als 200 Jahren formuliert worden ist, im **europäischen Staatsbürgerbegriff** wieder. Was hier im Lissabon-Vertrag niedergelegt worden ist, ist ein qualitativer Sprung. Hier wird die Bilanz einer langjährigen europäischen Denktradition gezogen.

Wir dürfen die Schwierigkeiten, die wir in der Europäischen Union jeden Tag erkennen und über die wir uns häufig genug erregen können, nicht in kleiner Münze messen. Wir müssen – auch aus der Sicht eines Liberalen, Herr Westerwelle – den großen Sprung nach vorne, den dieser Vertrag darstellt, verteidigen und dafür sorgen, dass der Lissabon-Vertrag überall durchgesetzt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine Sorge, Herr Außenminister, ist nicht **Island**. Island mag jetzt aus ökonomischen Interessen, ja, fast aus einem nationalen Egoismus heraus Mitglied der Europäischen Union werden wollen. Es ist kein schlechter Zug, dass man aus eigenen Interessen Mitglied der Europäischen Union wird.

Meine wirkliche Sorge ist, dass die Probleme und Konflikte, die wir in **Großbritannien** gegenwärtig erkennen, dazu führen könnten, dass das Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags auf die lange Bank geschoben werden kann. Ich wünschte mir, dass die Kolleginnen und Kollegen in der Mutter des Parlamentarismus, in Westminster, allen möglichen Versuchungen widerstehen, diesen großen qualitativen Schwung, den wir nach einer langen Debatte gemeinsam erlebt haben, jetzt wieder zu verlieren. Das ist eine große Gefahr.

Gerade die Bildung von Nationalstaaten zeige, sagt Jürgen Habermas – ich darf noch einmal an ihn anknüp-

Gert Weisskirchen (Wiesloch)

- (A) fen –, wie rechtliche Begriffe „erst mit Anschauung, Emotion und Gesinnung“ erfüllt wurden. Er fragt:

Warum sollte sich die Hülse der längst eingeführten europäischen Staatsbürgerschaft nicht auf ähnliche Weise mit dem Bewusstsein füllen, dass alle europäischen Bürger inzwischen dasselbe politische Schicksal teilen?

Das ist der innere Zusammenhang: Die **sozialen Bindkräfte** müssen neu entwickelt werden, damit – das ist vielleicht der wirkliche Indikator dafür, warum die Wahlbeteiligung am 7. Juni 2009 so dramatisch zurückgegangen ist – das soziale Europa als ein neues gemeinsames Projekt der Europäer erfunden werden kann. Denn die Sorgen und Ängste der Menschen, die wir in der ökonomische Krise gegenwärtig erkennen müssen, können dazu führen, dass die politische Beteiligung der Menschen – gerade in Wahlakten zeigt sich das – zurückgeht.

Die Vision der Europäischen Union muss auch die soziale Gerechtigkeit mit einbeziehen; denn – durch Solidarität wurde uns das gezeigt – es gibt keine Freiheit ohne Solidarität. Auch das ist ein europäischer Auftrag.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Oh Gott, was ist das doch für ein Paar!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich schließe die Aussprache.

- (B) Die letzten beiden Redner dieser Europadebatte haben heute voraussichtlich zum letzten Mal von dieser Stelle aus das Wort ergriffen. Sie werden am Ende dieser Legislaturperiode nach einer außergewöhnlich langen Zugehörigkeit zum Deutschen Bundestag ihre Arbeit an anderer Stelle hoffentlich fortsetzen.

Weil es in diesem Hause außergewöhnlich selten vorkommt, dass jemand mehr als 30 Jahre lang ein solches Mandat wahrnimmt, möchte ich den beiden Kollegen Eduard Lintner und Gert Weisskirchen

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Sie haben sich überhaupt nicht verändert!)

ganz besonders herzlich für dieses außergewöhnlich lange und außergewöhnlich fruchtbare Engagement danken und alle guten Wünsche für die Zukunft damit verbinden.

(Beifall)

Herr Kollege Weisskirchen, im Übrigen wird es Sie hoffentlich beruhigen, dass ich die Glückwünsche an Herrn Professor Habermas auch im Namen des ganzen Hauses pünktlich übermittelt habe.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Entschließungsanträge.

Wer stimmt für den Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke auf der Drucksache 16/13367? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Entschließungsantrag abgelehnt.

(C) Wer stimmt für den Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf der Drucksache 16/13391? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Auch dieser Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

(D)